

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120.

Montag, den 27. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Toleranz.

Während der inneren Streitigkeiten, die eine Reihe von Jahren hindurch innerhalb der Sozialdemokratie um den Revisionismus geführt wurden, gefiel sich die liberale Presse bekanntlich in der Rolle des schadenfrohen Zuschauers, die durch allerhand hässliche Bemerkungen den Streit zum Schaden der Sozialdemokratie auszunutzen strebte. Sie argumentierte: wenn die Sozialdemokraten heute schon so wenig Toleranz üben, daß sie andere Meinungen in ihren Reihen nicht dulden wollen, wie soll das erst im „Zukunftsstaat“ werden! Bei jeder neuen Erörterung lärmte sie aufs neue über ein angebliches Rekergericht, und die „Unterdrückung der Meinungsfreiheit“, die sie in jenen Kämpfen zu konstataren behauptete, benutzte sie als Schreckmittel, um die uns noch Fernstehenden gegen uns einzunehmen. Das ist bis heute eine der beliebtesten Waffen unserer Gegner geblieben, — bei der ärmlichen Beschaffenheit ihres geistigen Arsenalts allerdings kein Wunder.

Daß die Liberalen eine solche Waffe gegen uns benutzen, ist ebenfalls verständlich. Sie verkennen dabei freilich, daß die Toleranz in dem Sinne, den sie ihr unterlegen, gar kein sozialdemokratisches Prinzip ist noch sein kann. Wohl aber ist sie ein wesentlicher Bestandteil der liberalen Theorie, und es ist immerhin menschlich, daß man ein Prinzip, dem man selber huldigt, auch anderen zur Richtschnur machen möchte. Wenn dagegen auch die Konservativen mit dem Schlagwort der Intoleranz gegen uns operieren, so ist das weiter nichts als hohle Demagogie. Denn der Konservatismus selbst weiß die Toleranz weit von sich, in der Theorie nicht minder als in der Praxis. Der einzige namhafte Theoretiker, den der Konservatismus hervorgebracht hat, der bekannte Gründer der konservativen Partei Friedrich Julius Stahl (übrigens ein getaufter Jude; daß das Herrn Dertel passieren muß!) schreibt darüber (in seinem Buch über die „Parteien in Staat u. Kirche“ S. 90—91):

„J. B. kann die konservative Partei nicht tolerant sein im monarchischen Staate gegen republikanische Gesinnung. Der lebendige Christ kann nicht Gottesleugnung oder Offenbarungsentzug als etwas Gleichberechtigtes und Gleichachtbares anerkennen.“

In der Tat, schon die bloße Duldung anderer Lehren bedeutet eine Auflösung jener alten, auf Autorität gegründeten Staatsformen, deren Verteidigung und „Konservierung“ das Lebenselement, der Daseinszweck der konservativen Partei ist. Sie gäbe sich selbst auf, wollte sie tolerant sein. Und deshalb ist es erbärmliche Heuchelei, wenn sie anderen Leuten aus deren Intoleranz einen Strick zu drehen versucht.

Was nun den Liberalismus betrifft, so gehört die Toleranz allerdings, wie gesagt, zu den unentbehrlichen Fundamenten seiner Theorie. Und da es die Grundzüge seiner Theorie mit allgemeinen, unüberwindlichen Menschenrechten zu verwechseln pflegt, so hört man bis zum Überdruß von ihm als heiligstes Menschenrecht den Satz proklamieren: „Jeder soll nach seiner Fassung selig werden.“

Nun haben wir Sozialdemokraten an dem Satz in dieser Form nicht das geringste auszusetzen, sondern stimmen ihm vollkommen bei. Auch wir wollen das „Selig werden“ als innerste Herzensangelegenheit jedem Einzelnen selbst überlassen. Deshalb verlangen wir z. B. die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule, damit niemanden eine fremde Fassung zum Seligwerden aufgezwängt werde. Ebenso stimmen wir dem Liberalismus vollkommen bei in der Forderung, daß jeder das unbeschränkte Recht haben solle, seine Überzeugung zu propagieren. So haben z. B. unsere Charlottenburger Genossen den Saal ihres Volkshauses den Polen zu Versammlungszwecken zur Verfügung gestellt, als diesen alle anderen Säle abgetrieben wurden. Uns ist nicht ein Fall bekannt, wo die Liberalen ebenso gehandelt hätten. Dagegen kennen wir unzählige Fälle, wo die Liberalen uns Sozialdemokraten an der Benutzung von Sälen verhindert haben.

Aber — so hören wir hier die Liberalen rufen — bei euch Sozialdemokraten ist doch neben der freien Meinungsäußerung der Galgen des Ausschlusses aufgerichtet! Bei euch fliegt doch der, dessen Gesinnung euch nicht paßt, aus Lohn und Brot!

Darauf erwidern wir: daß wir aus der Gesinnung des Einzelnen keinerlei Konsequenzen ziehen sollen für unser Verhalten gegen ihn, ist ein Ausfluß des liberalen Prinzips, aber nicht des sozialdemokratischen. Euch ist die Auflösung, die Atomisierung der Gesellschaft in lauter Einzelne das Höchste, neben denen der Staat höchstens als Nachwächter in Betracht kommt, der aufpaßt, daß die Einzelnen sich gegenseitig nicht tot-

schlagen; wir dagegen erblicken in der organischen Zusammenfassung der Einzelnen, die natürlich ihre Unterordnung unter den gemeinsamen Zweck bedingt, die einzige Möglichkeit, zur höchsten Lebensentfaltung des Individuums zu gelangen. Wir sind eine kämpfende Partei; wir empfinden es als heilige Pflicht, unsere Überzeugung zum Siege zu bringen; deshalb können wir an entgegenstehenden Überzeugungen nicht mit dem Schlagwort der Toleranz vorübergehen, sondern wir müssen sie bekämpfen und überwinden. Am allerwenigsten aber können wir es dulden, daß aus unseren eigenen Reihen und in unserem Namen eine der unsrigen entgegenstehende Überzeugung propagiert wird. — Ihr Liberalen dagegen, ihr müßt damit zufrieden sein, wenn eure Mitglieder selbst konservative Anschauungen propagieren; ihr müßt es ruhig dulden, wenn ein von euch Angestellter andere Lehren verkündet, als die euch genehm sind.

Ihr müßt es, wenn ihr eurem Prinzip treu bleiben wollt. Aber — ihr tut es nicht! Ihr predigt, daß jeder nach seiner Fassung selig werden; aber ihr sorgt nicht für Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule! Ihr wollt, daß jedem das freie Wort zur Verfügung stehe; aber ihr gebt dem freien Wort keine freie Stelle! Ihr werft uns vor, daß wir von unseren Angestellten die Verkündung unserer Lehren verlangen; aber ihr selbst — treibt's noch viel ärger!

Die jüdische Gemeinde zu Berlin hat kürzlich ihren Prediger, Rabbi Cohn, Knall und Fall seines Amtes entlassen. Eine an sich wenig belangreiche Angelegenheit, die erst dadurch Bedeutung erlangt, daß der Liberalismus sich vollständig auf Seiten des Gemeindevorstandes gestellt und damit seine eigenen Prinzipien wieder mal auf schmachvollste verleugnet hat. Der Gemeindevorstand hat nämlich zu seiner Rechtfertigung eine Broschüre verbreitet. Da uns die Einzelheiten des Falles, die natürlich von den beiden Seiten verschieden angegeben werden, nicht interessieren, so unterlassen wir jede Ermittlung, wessen Angaben die richtigen seien, und wollen uns ruhig an die Angaben des Vorstandes halten. Sie genügen zur vollständigen Beurteilung des Liberalismus.

Der Prediger Cohn ist Zionist. Mit einer Definition des Zionismus (den wir für eine vorläufige Anschauung halten) wollen wir unsere Leser verschonen. Bevor Cohn als Rabbiner angestellt wurde, teilte ihm der Vorstand mit (S. 4):

„es sei Voraussetzung für seine Anstellung, daß er sich amtlich jeder Förderung des Zionismus enthalte und auch außeramtlich sich von jeder agitatorischen Tätigkeit für den Zionismus, z. B. dem Halten von Reden in zionistischen Versammlungen, fernhalte.“

Eine geradezu ungeheuerliche Zumutung, die der Vorstand selbst hier ganz harmlos mittelst! Ungeheuerlich vom liberalen Standpunkt aus, denn wie kann der Vorstand seinen Angestellten untersagen, irgend eine ihm beliebige Gesinnung zu propagieren? Wie kann er ihm untersagen in Versammlungen zu sprechen? Wo bleibt das Recht der freien Meinungsäußerung? Noch ungeheuerlicher vom sozialdemokratischen Standpunkt; denn wenn der Vorstand, wie es sein Recht ist, im Namen der Gemeinde nur deren Ansichten verkündet wissen will, so darf er nur jemand anstellen, der diese Ansichten von A bis Z teilt; stellt er einen Andersdenkenden wissenschaftlich an und verbietet ihm, seine Ansichten zu verkünden, so ist das Zwang zur Heuchelei!

Herr Cohn hat (immer nach den Angaben des Vorstandes) die erste Bedingung zugesagt, die zweite aber abgelehnt, und wurde angestellt. Nun soll er trotzdem beim Religionsunterricht in einem Berliner Gymnasium den Zionismus behandeln haben. Wir lassen ganz dahingestellt, ob die „Behandlung“ eines Gegenstandes im Unterricht ohne weiteres mit dessen „Propagierung“ gleichbedeutend ist; jedenfalls steht fest, daß dies bereits vor seiner Anstellung als Rabbiner geschah. Ein Vierteljahr nachher hat er bei einer Gedenkfeier für einen verstorbenen Zionisten die Gedächtnisrede gehalten. Der Vorstand hat ihm deswegen seine Mißbilligung ausgesprochen. Wieberum ein starkes Stück, nachdem Herr Cohn (immer nach den Angaben des Vorstandes selbst) die Bedingung, in zionistischen Versammlungen nicht zu reden, ausdrücklich abgelehnt. Endlich, nach nochmals einem halben Jahre, lief eine Denunziation von drei jüdischen Lehrern ein, Herr Cohn habe im Gespräch mit dem Direktor eines Charlottenburger Gymnasiums die Ansicht geäußert, jeder Jude müsse sich zunächst als Angehöriger des auserwählten Volkes Gottes und dann erst als Deutscher fühlen.“

An dieser Stelle sind auch ein paar Einzelheiten nicht ohne Interesse, weil sie auf die eigentlichen Gründe des Rekergerichts Licht werfen. Auf Seite 6 der Broschüre schreibt der Vorstand:

Herr Direktor Przygode hielt diese Anschauung eines Predigers der jüdischen Gemeinde für bedeutungsvoll genug

um sie unmittelbar nach der Unterzuehung in sein Sprechstundentagebuch einzutragen.“

Es war am 7. Januar 1907, also unter dem frischen Eindruck des Ruffers Löbel-Erzberger. Der Rabbiner hat später (S. 8) erklärt, er habe dies Gespräch für eine reine Privatunterhaltung gehalten; hätte er gewußt, daß Herr Przygode amtliche Aufzeichnungen machen würde, so hätte er eine solche Unterhaltung mit ihm nicht geführt. — Auf S. 7 erzählt dann der Vorstand, daß Herr Przygode mit der Denunziation nichts zu tun hatte, nur habe er auf Ersuchen den Namen Cohns dem Vorstande genannt und ihm eine Abschrift seiner Aufzeichnungen zu gehen lassen.

Darauf wurde der Rabbiner vor den Vorstand geladen und gab zu, daß seine Ansichten von Przygode im wesentlichen richtig wiedergegeben seien, so weit das bei einer Aufzeichnung von 12 Zeilen über ein dreistündiges Gespräch möglich sei. Die unmittelbare Folge war Suspension vom Amte, der ein paar Wochen später die Amtesentsetzung folgte. Das Verfahren ähnelt insofern ein wenig der Dressusaffäre, als dem Rabbiner trotz seines Ersuchens eine wörtliche Abschrift der Przygodeschen Aufzeichnungen, auf Grund deren seine Verurteilung erfolgte, nicht gegeben wurde, desto mehr Eifer entwickelte der Vorstand nach einer anderen Seite. Er erzählt auf S. 9:

Von der Suspension wurde auf Beschluß des Gemeindevorstandes Herr Direktor Przygode Mitteilung gemacht. . .

Trotzdem der Direktor an der Sache ganz unbeteiligt war?

So stehen die Angelegenheiten in diesem Augenblick. Demnach ist der Rabbiner gemahregelt worden, weil er eine andere Ansicht äußerte als dem Vorstand, seinem „Brotgeber“ im Jargon der Bourgeoisie, paßte. Wenn das liberale Prinzip mehr als ein Pappentier ist, müßte in heller Entrüstung aufstehen über diese Vergewaltigung, die selbst vor dem angeblich so heiligen Kleide des Priesters nicht Halt macht. Aber nichts von alledem geschieht, im Gegenteil, das „Berliner Tageblatt“, dessen Wort nicht nur in liberalen, sondern speziell in jüdischen Kreisen etwas gilt, hat nach einer ganz kurzen Erwähnung des Falles das Verhalten des Vorstandes „korrekt und verständig“ genannt.

Wie mag das zusammenhängen? Des Rätsels Lösung ist nicht schwer. Wir sagten schon, daß vom sozialdemokratischen Standpunkt aus dem Vorstand das Recht zuzubilligen sei, von der Kanzel aus nur die Anschauungen der Gemeinde verkünden zu lassen. Aber um die Frage, ob die eine oder die andere Anschauung die richtige sei, handelt sich's im Grunde gar nicht. Sondern aus der Eingabe der drei Denunzianten, die selbst Lehrer sind, macht der Vorstand in seiner Broschüre (S. 6—7) folgende Angaben:

„. . . Wie sollen wir jüdische Lehrer erwarten dürfen, daß uns der Unterricht in der deutschen Sprache und der deutschen Geschichte, ja überhaupt irgend ein Unterricht anvertraut wird, wenn ein Mann, der mit der Autorität eines Predigers . . . ausgestattet ist, die Ehrlichkeit unserer deutschen Gesinnung anzweifeln darf? . . . Durch Ansichten, wie sie Herr Dr. Cohn herüberträgt, wird der jüdische Religionsunterricht an den öffentlichen Lehranstalten aufs äußerste gefährdet. . .“

Und über seine eigenen Beweggründe sagt der Vorstand (S. 13—14):

„. . . Wir kämpfen mit aller Kraft dafür, daß man . . . an der Ehrlichkeit unserer vaterländischen Gesinnung nicht zweifle. Wir kämpfen mit aller Macht gegen die Vorurteile, die man in dieser Beziehung noch gegen uns hegt.“

Wenn wir nun dem Rabbiner gestatten würden, gegenteilige Ansichten zu äußern, dann könnte man denjenigen nicht Unrecht geben, die uns zu Bürgern zweiter Klasse degradieren wollen.“ Und weiter auf S. 15:

Herr Dr. Cohn hat sich mit seiner Äußerung auf einen Standpunkt gestellt, der die jüdischen Lehrer von der Anstellung fast völlig ausschließt. Es ist ein Vorgang, der an den Grundlagen unserer Existenz rüttelt. . .“

Diese paar Zitate mögen genügen. Sie zeigen sonnenklar, daß das, was die Maßregelung des Rabbiners veranlaßte, nicht sowohl die Abweichung seiner Ansichten war, sondern die Furcht, „oben“ anzuklopfen. Nicht Gründe der Überzeugung sind maßgebend gewesen, sondern Mantelträgererei, Gründe der verwerflichsten Opportunität. Um nicht die Anstellung jüdischer Lehrer zu erschweren, um zu beweisen, daß man jedem Winde, der „oben“ gerade weht, sich anzupassen bereit sei, deshalb mußte der ungewohnte Rabbiner über die Klinge springen! Daher auch die Anzeige der erfolgten Suspension an den Direktor Przygode, der ja mit der Sache eigentlich gar nichts zu tun hatte. Man mußte die eigene Gesinnungstüchtigkeit doch auch „amtlich“ bekannt machen, sonst hätte sie ja gar keinen Zweck!

Das ist nun aber die Signatur des heutigen Liberalismus überhaupt, besonders unter dem Zeichen der konfessionell-liberalen Paarung: in allem und jedem sich dem anzupassen, was oben beliebt wird, und aus Erkenntlichkeit dafür allerlei Vorteile zu — erhoffen. So wäre es ein Wunder, wenn das Verhalten des jüdischen Vorstandes nicht die Billigung unserer Liberalen gefunden hätte. Dafür entschädigen sie sich dann wieder durch endloses Gekrächz über die Vergewaltigung der Meinungsfreiheit bei — anderen Leuten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Schuld der Sozialdemokratie. Der 18. Evangelischsozialer Kongress ist am Dienstag voriger Woche in Straßburg mit einer Rede des Professors Adolf Harnack aus Berlin eröffnet worden. Auf große Ersolge kann der Evangelischsozialer Kongress in diesem Jahre ebensowenig blicken wie in irgend einem früheren; die soziale Gesetzgebung stockt, und die Reichspolitik wird noch immer von den beiden Leitenden beherrscht, daß die Kompromißschlüssel voll und daß Christlichsozialer Unfug ist. Herr Professor Harnack braucht also einen Schuldbilgen dieser, wie wir gerne annehmen wollen, ihn ernstlich betreibenden Erscheinung und findet ihn — wo sonst? — natürlich in der Sozialdemokratie! Wo wären wir schon und welche Segnungen würde das arbeitende Volk nicht schon genießen, wenn es keine sozialdemokratische Partei gäbe, denkt Herr Harnack, und wörtlich sagt er:

„Trotz der Erschwerungen, die die Sozialdemokratie durch maßlose Forderungen der Arbeiter, wie wir sie eben wieder erleben, der Förderung der sozialen Gesetzgebung bereitet, muß die soziale Gesetzgebung durchgeführt werden.“

Welche maßlosen Forderungen Herr Professor Harnack schauernd mitterlebt hat, bleibt ungewiß, wenn es nicht etwa die bekannte Forderung der Berliner Bauarbeiter, die Verkürzung des Neunstundentages um eine halbe oder ganze Stunde sein soll. Diese Forderung ist aber, wie Harnack als Berliner wissen muß, von den Bauunternehmern, ohne daß von den Arbeitern erst ein Streik beschlossen worden wäre, mit einer allgemeinen Aussperrung bestraft worden, und Kreise, die weit von der Sozialdemokratie entfernt sind, bemühen sich zurzeit, eine baldige Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen. Will Harnack den von ihm gepredigten „sozialen Frieden“ dadurch fördern, daß er die Feuer legt und sich, als guter Evangelischsozialer, mit ein paar Redensarten geradewegs auf die Seite der Unternehmer schlägt?

Es ist auch gar nicht einzusehen, warum die „maßlose Kulturforderung“ des Achtstundentags den Evangelischsozialen ihre Arbeit erschweren soll. Wo bleibt denn nur der gesetzliche Maximalarbeitsstag von 10 Stunden, für den zu stimmen die Sozialdemokraten bereit sind? Ist es ihre Schuld, daß er noch immer auf sich warten läßt?

Sofern aber die Bemerkung Harnacks nicht auf eine besondere Frage zielen, sondern ganz allgemein gedacht sein sollte, so kann es nicht schaden, wenn Harnack einmal in der Geschichte der evangelischsozialen Bewegung selbst nachblättern wollte, um über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur sozialen Reformarbeit nützliche Aufschlüsse zu gewinnen. Der gewesene Hofprediger Stöcker, gewiß auch ein Gegner der Sozialdemokratie und als solcher noch viel sanftmütiger als Harnack, war es, der in der Anfangszeit der evangelischsozialen Bewegung in seiner Rede „Über den Programmwurf für die christlichsoziale Arbeiterpartei“ wörtlich erklärte:

„Es ist das große Verdienst der Sozialismus, daß er uns energisch auf die soziale Frage aufmerksam gemacht hat, daß wir seit 15, 20 Jahren die sozialen Verhältnisse mehr ins Auge fassen.“

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat also nach dem Geständnis Stöckers die evangelischen Herren erst auf die soziale Frage aufmerksam gemacht; ohne jene wären diese noch gar nicht aus dem Ei gekrochen. Dennoch feuert Harnack heute: Wie weit wären wir ohne die „maßlosen Forderungen“ dieser Bewegung! Als Entschuldigung für ihn mag gelten, daß seine Rede eine Eröffnungsrede war; diese muß, obgleich die Kompromißschlüssel voll und Christlichsozialer Unfug ist, und obgleich hinterher der von der Hofkapelle ausgeschlossene Curtius bejubelt wurde, programmgemäß mit einem Kaiserhoch enden. Hätte Harnack die Verdienste der Sozialdemokratie um die Sozialreform anerkannt, so wäre er logischerweise am Ende bei einem Hoch auf die Sozialdemokratie angelangt, und das wäre nicht bloß programmwidrig, sondern schickte sich aus andern Gründen nicht für einen deutschen Universitätsprofessor.

Die Russen in Berlin. Die verhafteten Russen sind alle bis auf zehn aus der Haft entlassen worden, von denen sechs als läufige Ausländer ausgewiesen worden sind. Zwei wurden wegen Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll, und deren Mitglieder sich zu unbedingtem Gehorsam gegen Verbindungsoberer verpflichten, der Staatsgewalt vorgeführt. — Man muß sich in der Tat schämen, im Auslande zu erklären, daß man Deutsche ist.

Auf der Tagung der deutschen Kolonialgesellschaft in Worms kam es zu stürmischen Zusammenstößen. Ein Redakteur Eichler-Berlin sagte den versammelten Herrschaften ins Gesicht, sie sollten erst mal zeigen, daß sie etwas mehr tun wollten, als bloß gut frühstücken. Man kann sich denken, wie empört die Versammlung war über diese Kennzeichnung durch einen Mann, der die deutsche Kolonialgesellschaft genau kennt.

Es lebe der Affessorismus! Über die Ernennungen der verschiedenen Beamten des neuen Reichskolonialamtes ist man in liberalen Kreisen sehr verstimmt, hatte man doch gehofft, daß aus ihren Leuten die Wahl getroffen würde. So schreibt das „Berl. Tagebl.“:

„So sollte man meinen, daß der Staat im eigenen Interesse die bürokratischen Drahtgänge enfsieren müßte, die nur seine Leistungsfähigkeit hemmen. Aber die Bürokratie erholt sich sehr schnell von ihren Niederlagen. So, sie scheint einen verhängnisvollen Einfluß

auf diejenigen Personen auszuüben, die in ihren Vamkreis geraten. Die Ausgestaltung des Reichskolonialamtes bietet dafür einen Beleg. Ein Duzend neuer Männer ist nötig gewesen, um erst einmal den dringenden Bedarf zu decken. Aber in der im heutigen Morgenblatt wiedergegebenen Liste findet sich kein Mann des praktischen Lebens. Fast alle haben die übliche bureaukratische „Doktortour“ gemacht; sie fingen mit dem „Referentassessor“ an, um allmählich höher zu steigen. Ein Kaufmann ist nicht unter ihnen. Herr Dernburg bleibt im Reichskolonialamt ein weißer Rabe.“

Das deutsche Bürgertum ist vor dem Beamtenapparat des preussischen Militärstaats, dem Bürokratismus, der nach einem trefflichen Wort Lothar Buchers seinen Opfern alle moralischen Rippen bricht, immer in Ehrfurcht zusammenklappt. Selbst als die deutsche Bourgeoisie nach den blutigen Märztagen des Jahres 1848 mit den Ministern Hansmann und Camphausen in den Sattel gekommen zu sein schien, ließ sie die bürokratische Maschinerie ruhig weiterklappern, ohne auch nur ein Rädchen zu entfernen. Was soll da jetzt das Gekreine, daß der Einzug des Herrn Dernburg in das Kolonialamt nicht den Bruch mit der Tradition gebracht hat?

Warum Dernburg zu Hanse bleibt. Die „Magdeburgerische Zeitung“ legt die Gründe dar, die Dernburg bewegen haben, vorläufig von seinem Auszug nach Deutschsüdwestafrika abzusehen: „Die Kolonialverwaltung hat sich aus sachlichen Gründen dazu bestimmen lassen, die Expedition nach Südwestafrika für jetzt auszuschalten. Sie geht dabei von der Ansicht aus, daß die augenblicklich brach liegenden Kulturen und Farmen dem Staatssekretär alles andere als ein anschauliches Bild über die Entwicklungsfähigkeit und wirtschaftliche Prosperität der Kolonie geben können. Deutschsüdwestafrika leidet heute noch an den Folgen des Hereroaufstandes, und erst jetzt kehren die Farmer zurück, um die verlassenen Anpflanzungen von neuem aufzubauen. Nach einem Jahre hat vielleicht das Land sich von den schwersten Schäden erholt und deutet erst dann in seiner allmählichen Neukolonisierung die Möglichkeit an, in denen sich der wirtschaftliche Aufschwung vollziehen kann. Herr Dernburg hat daher selbst den Wunsch gehabt, diese notwendige Erholungszeit vorübergehen zu lassen, ehe er sich persönlich von der Entwicklungsfähigkeit der Kolonie überzeugen.“ Das heißt, was er jetzt zu sehen bekäme, würde allzu grell von den kolonialen Mühsalstadien abstecken, mit denen Dernburg Reichstag und Wähler regalierte. Es müssen erst notdürftig Potemkinsche Dörfer zurechtgeputzt werden. Hoffentlich ist Herr Dernburg bis dahin noch im Amt.

Eine Kolonie ohne Reichszuschuß. Hellen Jubel erregt in kolonialschwärmerischen Kreisen folgende Meldung:

„In der „Samoanischen Ztg.“ heißt es in dem Bericht über die Sitzung des Gouvernementsrates vom 5. April: Herr Haessler legt im Auftrage des Gouverneurs den Etatsvoranschlag für 1908 vor und erläutert die einzelnen Positionen. Zum Etat im allgemeinen bemerkt er, daß das Gouvernement zum erstenmal in der Lage sei, der im Gouvernementsrat wiederholt zum Ausdruck gekommenen Ansicht gerecht zu werden und den Etat ohne Reichszuschuß aufzustellen. Um dies Ziel zu ermöglichen, müßten die Einnahmen erhöht werden. Dies solle geschehen durch Einführung einer progressiven Einkommensteuer für 1908. Auf der Seite der Ausgaben seien die Positionen des Personalstats für die Verwaltung um ein erhebliches heruntergesetzt worden, da das Gouvernement mit Rücksicht auf den Wunsch des Reichstages, den Beamtenstab zu verringern, den Versuch machen wolle, mit weniger Personal zu arbeiten.“

Solange die erheblichen Ausgaben für Schutztruppen und Stationschiffe vom Reich aufgebracht werden, ist es sehr naiv, zu sagen, die Kolonie komme ohne Zuschuß aus.

Liberaler Rechtsgleichheit. Aus Anlaß der Wahlen in Österreich schreibt die nationalliberale „Magdeburgerische Ztg.“:

„Es ist ein neuer Beweis dafür geliefert, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht den Kampf der politischen Kräfte und Interessen für schwarz und rot entscheidet, und daß der Geschädigte dabei immer der Liberalismus ist. Wenn es den bürgerlichen Parteien im Reiche mit größter Anstrengung gelungen ist, die verderbliche Entwicklung in dieser Richtung aufzuhalten, so würde diese Entwicklung alsbald wieder ins Rollen kommen, wenn die Energie des Widerstandes nachlasse. Wenn an dieser Lage im Reiche nichts geändert werden kann und soll, so wäre es doch angeht der immer und überall gemachten Erfahrungen verhängnisvoller Doktrinarismus, wenn liberale Parteien sich darauf versteifen wollten, auch in den deutschen Einzelstaaten die Reform des Wahlrechts nach der radikal-demokratischen Schablone zuzuschneiden, statt den realen Kräften des Volkslebens wenigstens hier zu vollem Rechte zu verhelfen.“

Ein offenes Geständnis, daß die liberalen „Prinzipien“ weiter keinen Zweck haben, als den liberalen Parteien Vorteile zuzuwenden, und — sobald sie das nicht tun — über Bord geworfen werden, nicht etwa in augenblicklicher Mißstimmung, sondern „aus Prinzip“. Dem entspricht ja auch der bekannte Wahlrechtsentwurf der preussischen Nationalliberalen. Nicht ohne Bedeutung ist es, daß demgegenüber der neue Aufruf der „entschiedenen Liberalen“ nur ein paar unbestimmte Redensarten über die „volle Rechtsgleichheit“ enthält, aber keine klare und positive Formulierung einer demokratischen Wahlrechtsforderung. Das dürfte kein bloßer Zufall sein, da ja der Aufruf von dem Wahlrecht in Preußen redet und zugleich den „entschiedenen Liberalismus“ als „sichersten Damm gegen eine sozialdemokratische Überflutung“ in empfehlende Erinnerung bringt!

Rußland.

Stolypin und die Agrarfrage. Reichsduma. Das Haus nimmt den Entwurf der Geschäftsordnung an. Dann hält Ministerpräsident Stolypin eine Rede über die Agrarfrage. Der Ministerpräsident kritisiert die Projekte der sozialistischen Gruppen, der Arbeitspartei und der Kadetten und bezeichnet sie als

unaannehmbar. Dann entwickelte er die Pläne der Regierung. Unmittelbar nach der Rede Stolypins, um 6 1/2 Uhr abends, wird die Sitzung geschlossen. Er erklärte: Man mache der Regierung den Vorschlag, Rußland in eine Ruine zu verwandeln und daraus ein neues Vaterland aufzubauen. Er aber glaube, Rußland werde nicht an der Schwelle des zweiten Jahrtausends zusammenbrechen. Es werde sich wieder erholen und vorwärts kommen. Stolypin legte die Agrarpolitik der Regierung dar. Der Bauer müsse von den Bedingungen, unter denen er jetzt lebe, befreit werden und in den Besitz der Früchte seiner Arbeit kommen. Allen Bauern, denen es an Land mangle, müsse das nötige Land gegeben werden. Der Staat könnte Privatländer kaufen, die unter günstigen Bedingungen an Bauern abgegeben werden könnten. Eine Zwangsentzignung dagegen würde noch eine Klasse ruinierter Grundeigentümer schaffen.

Ein Zwischenfall. In der unter dem Vorsitz des „Kadetten“ Ruttler tagenden Agrarkommission der Reichsduma ereignete sich ein Zwischenfall. Bei Beginn der Debatten über die Zwangsentzignung des Bodens erklärte Ruttler, daß diese Frage eigentlich so gut wie entschieden sei, weshalb er Schluß der Debatte vorschlug. Zu der Frage hatte sich aber noch kein Richter oder Gemäßigter geäußert. Durch den Vorschlag Ruttlers, der mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde, sah sich die Minderheit in ihren Rechten benachteiligt, und sie verließ infolgedessen demonstrativ die Sitzung. Hierauf legte Ruttler der Kommission die Frage vor: „Ist die Expropriation von Gutsländern zur Vergrößerung des Landbesitzes der ackerbautreibenden Bevölkerung durchzuführen?“ Worauf der Vorschlag einstimmig angenommen wurde. Die Vertreter der Rechten und der Polen wollen gegen das Vorgehen Ruttlers in der Duma Protest erheben.

Frankreich.

Abtaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten. In der französischen Deputiertenkammer wird der Bericht des Abg. Labori über die Abtaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten im Laufe der nächsten Woche zur Verteilung gelangen. Über den Inhalt des Berichts wird bereits folgendes veröffentlicht: Die Kriegsgerichte werden in Friedenszeiten endgültig abgeschafft. Alle Vergehen und Verbrechen des Gemeinrechts werden vor die gewöhnlichen Gerichte verwiesen, darunter auch solche, die im Dienst begangen werden, aber nicht direkt die Disziplin betreffen. Die Untersuchung wird ausschließlich von den Staatsanwaltschaften und den Untersuchungsrichtern der gewöhnlichen Gerichte durchgeführt, im Falle von Verstößen gegen die Disziplin nur auf die ausdrückliche Forderung der Militärbehörden. Für die Vergehen gegen die Disziplin, wie Verlassen des Postens, Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung, Auflehnung, Tatklichkeiten gegenüber Vorgesetzten, wird eine besondere Kammer bei einer gewissen Anzahl von Appellhöfen geschaffen, deren Vorsitz ein Gerichtspräsident führt und der je drei Richter und drei Offiziere, die mindestens den Hauptmannsgrad haben müssen, angehören. Diese Strafkammer funktioniert als Schwurgericht, trifft ihre Entscheidungen in geheimen Abstimmungen und hat alle Befehle über Kompetenz-einwände oder sonstige Zwischenfälle zu motivieren. Über Verurteilungen gegen die Urteile dieser Strafkammer befindet der Kassationshof. Gleichzeitig werden die militärischen Strafgesetzbücher in Friedenszeiten abgeschafft und durch einen Anhang zum Code Penal ersetzt, der die bisher üblichen Strafen wesentlich mildert. So werden namentlich die Zwangsarbeit und die öffentliche Degradierung abgeschafft.

Ein halber Traum.

In den hochkonservativen „Grenzboten“ philosophiert ein Herr Robert Jaffé-Charlottenburg allerlei zusammen über „Die letzten Reichstagswahlen und die Zukunft der Sozialdemokratie“. Was der Mann an Weisheit ausspuckt, ist für die Arbeiterschaft insofern interessant, als es den Beweis liefert, wie weitfern die Klassen in Deutschland geschieden sind. Das Wort des englischen Staatsmannes von den zwei Nationen im Volk, die sich gegenseitig nicht verstehen, deren Interessen und Denkweise sie schärfer trennen als das eine chinesische Mauer je könnte, wird durch den Aufsatz in der zitierten Zeitschrift wiederum bestätigt. Der Mann konstatiert erst ganz vernünftig, daß die Sozialdemokratie noch keineswegs als überwunden betrachtet werden dürfe, denn trotz der Verluste an Mandaten habe sich selbst in verlorenen Wahlkreisen die sozialdemokratische Stimmenzahl gehoben und wenn diese Vermehrung künftig bis auf 50 Proz. der Wahlberechtigten steige, dann könne den bürgerlichen Parteien auch die stärkste Wahlbeteiligung nichts mehr nützen. Der Verfasser sagt: „Solange der Wahlberechtigtenprozentsatz in den einzelnen Kreisen noch ansteigt, können die Gegner nicht das Gefühl haben, als hätten sie die Bewegung unterdrückt; als bei den Septennatswahlen die sozialdemokratischen Mandate von 24 auf 11 zurückgebracht wurden, war das ständige Wachstum der Bewegung nicht im mindesten aufgehoben, da doch überall die sozialdemokratischen Stimmen wuchsen und ihr Wahlberechtigtenprozentsatz nicht heruntergedrückt wurde.“

Ein, wenn auch nur oberflächlicher Sieg ist dem Jaffé aber deshalb von Bedeutung, weil dadurch die Sozialdemokraten notwendigerweise entmutigt werden müßten! Man sieht, der Mann schließt von dem Verhalten der bürgerlichen Parteien in solchem Falle einfach auf die Sozialdemokratie, dabei natürlich übersehend, daß für uns der Parlamentarismus niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein kann. Für die Stärke der Sozialdemokratie ist im Gegenzug die Stärke der bürgerlichen Parteien nicht die Zahl der Mandate ausschlaggebend, sondern die Zahl der Anhänger der Partei. Diese aber ist nicht gesunken, sondern gewachsen. Schließlich werden uns elf Kreise als vorläufig sicher zugesprochen, nämlich Berlin 3,

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

V. & A.

Donnerstag abend im Vereinshaus.

S. V. St.

Am 28. Mai, abends 8 Uhr, bei Pectan, Fackenburg.

Heute nacht 1 1/2 Uhr entfiel faust nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe Ida im Alter v. 14 Mon. G Benthlen und Frau. Seereß, 26. Mai 1907.

Durch Zufall zum 1. Juli eine Wohnung zu vermieten. Näheres Waisenhofstraße 4 a.

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei- oder Dreifamilienwohnung vorm Postentor. Off. mit Preisangabe u. B H an die Exp. d. Bl.

Gesucht

mehrere Banarbeiter.

Zu melden am Bau

Am der Mauer 84.

Redegew. Herren u. Damen finden lohnende Beschäftigung gegen Fixum und Provision. Für Neuheit.

Otto Kath, 27 Alststraße 27.

Neuße Tapezier- und Polsterarbeit. Ein hochf. Divan und ein gradeleh. Sofa mit 10jähr. Garantie

Langer Lohberg 26, I.

Zu verkaufen ein moderner weißer Sportwagen, eine Treppenhofe

Wiederstraße 49, I.

Ein starker Kinderwagen

passend zum Handeln billig zu verkaufen

Seinrichstraße 26, I.

Ein hübsches neues weißes Kleid für Mädchen von 13-14 Jahren durch Zufall billig zu verkaufen

Krähenstraße 12.

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte.

Waisenhofstraße 25.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,25 Mark.

Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen und verw. Berufsgenossen Deutschl. (Fiskale Lübeck)

Verammlung

am Dienstag, 28. Mai,

abends 8 1/2 Uhr präzis.

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52

Tages-Ordnung wird in der Verammlung bekannt gemacht.

Da dieselbe jedoch sehr wichtig ist, werden die Kolleginnen und Kollegen ersucht, sehr zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von

Plakaten

Broschüren

Flugblättern

Statuten

Mitgliedskarten

Eintrittskarten

Programmen

Festliedern.

Herstellung sämtlicher

== Buchdruckarbeiten ==

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von

Briefbogen

Kouverts

Rechnungen

Quittungen

Mitteilungen

Adresskarten

Zirkularen

Visitenkarten.

Kanarienvogel zu verkaufen Lanerhoffstraße 2.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold- arbeiter, Fünfhaus, 18



Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk. Taschenuhr reinigen 1.50 Mk. 1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr- macher, Königstraße 62, 6. d. Güzstraße

Was

ist

Gesetzlich

Geschützt.

**JO
JO-N-OL
OL**

unerschmeißlich

Nichtklebendes, schnelltrocknendes

Fussbodenglanzöl.

„Der Stolz jeder Hausfrau“.

John Jacobsen, J. H. Lenschau Nachf., Gr. Burgstr. 7.

Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 28. Mai,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Streikleitung.
2. Wahl der Schlichtungskommission.
3. Überweisung unserer Bibliothek.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Wilhelm-Theater.

Dienstag: 16. Abonnements-Vorstellung.

Ein neuer, großer Sherlock Holmes-Erfolg!

Der Erbe von Baskerville.

Ein Sherlock Holmes-Erlebnis in 4 Akten

nach Conan Doyle's Detektivroman: Der Hund von Baskerville.

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: Die Condottieri.



□ Jedes Heft ist reich illustriert! □

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,

sowie deren Kolporteurs und Austräger.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreneln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Die Aufgaben der Städte als Arbeitgeber.

Über dieses auch für unser Lübeck interessante Thema hielt auf dem in Straßburg tagenden Evangelisch-sozialen Kongress der Beigeordneten der Stadt Straßburg, Dr. Leoni einen äußerst instruktiven Vortrag, den sich speziell unsere Lübecker Behörden, die immer fürchten, für die Arbeiter in den Staatsbetrieben zu tun, zur Notiz nehmen mögen.

Dr. Leoni schilderte einleitend die Wandlungen in der Stellung der öffentlichen Korporationen in bezug auf die Frage, ob die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, insbesondere Staat und Gemeinde, Regiebetriebe haben sollten. Im ganzen Mittelalter hatten die deutschen Städte sehr ausgebildete Regiebetriebe. Da kam der Liberalismus und lehrte, daß der Staat und die Gemeinde nur die Aufgabe hätten, die Rechtsordnung aufrecht zu erhalten, und daß die Wirtschaft ausschließlich Sache des Individuums sei. So veräußerten denn die Gemeinden ihre alten Betriebe und überließen die neu entstehenden Gewerbe der privaten Initiative. In Frankreich und Westdeutschland begann diese Entwicklung mit der französischen Revolution, in Preußen mit der Stein-Hardenbergschen Reformgesetzgebung. Jetzt hat die Richtung sich wieder geändert: Mehr und mehr führen die Städte ihre Arbeiten in eigener Regie aus, die Zahl der Regiebetriebe wächst andauernd. Damit ist die Stellung des städtischen Arbeiters zu einem wichtigen Problem der Sozialpolitik geworden. Das heutige Thema behandelt nur die Aufgabe der Städte als Arbeitgeber, das heißt die Ausbildung des städtischen Arbeitsvertrages.

Alle Wohlfahrtsanstalten und gemeinnützigen Anstalten der Kommunalverwaltung scheiden aus. Was aber haben die Städte für die in einem Lohnverhältnis mit ihnen stehenden Arbeiter zu tun? In erster Linie steht da die Fürsorge für das materielle Wohl des Arbeiters, die Frage der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes. Die zweite Frage ist, wie die Städte dem Streben der Arbeiter nach erweiterter Selbständigkeit und vermehrtem Selbstbestimmungsrecht gegenüberstehen.

Was die Arbeitszeit anbelangt, so haben in England die Kommunen den Achtstundentag durchgeführt. In Deutschland ist die zehnstündige Arbeitszeit noch die Regel. Es ist daher zunächst als Übergang zum Achtstundentag die neunstündige Arbeitszeit zu erstreben. In kontinuierlichen Betrieben, das heißt solchen, in denen mit wechselnden Schichten 24 Stunden ununterbrochen gearbeitet wird, läßt sich der Achtstundentag sofort durchführen. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet die Urlaubsgewährung. Schon jetzt gewähren 56 deutsche Städte Urlaub von drei bis zehn Tagen. Was die Lohnfrage angeht, so ist die erste Forderung der Sozialpolitik die nach Gleichmäßigkeit des Lohnes. Der Lohn, den die Gemeinde zahlt, soll im Winter derselbe sein wie im Sommer. Für die Gleichmäßigkeit des Lohnes sind weiter erforderlich die Bezahlung der Feiertage, die in die Woche fallen, und die unverkürzte Lohnzahlung während der Krankheit und Invalvidität. Sie wird herbeigeführt durch eine ergänzende städtische Pension zu den staatlichen Renten. Die zweite Forderung ist die nach der Berücksichtigung des individuellen Bedarfs der Arbeiterfamilie. Der freie Arbeitsmarkt differenziert den

Lohn nun nach den Berufen und eventuell nach der Tätigkeit des einzelnen Arbeiters. So erhält der unverheiratete Arbeiter einen Lohn, der reichlich für ihn, vielleicht schon zu reichlich ist, weil er nachher als Familienvater auch nicht mehr bezieht und dann auf Luxusbedürfnisse verzichten muß, die er einmal zu befriedigen gewohnt war. Deshalb ist die Stadt Straßburg dazu übergegangen, den Familienstand der Arbeiter zu berücksichtigen. Sie zahlt den Verheirateten mehr als den Ledigen und den Verheirateten Zuschläge, wachsend mit der Kinderzahl. Die dritte Frage endlich ist die: Wie hoch soll überhaupt der Lohn der städtischen Arbeiter sein im Verhältnis zum Lohn des freien Verkehrs? Die Forderung ist, daß der städtische Arbeiter einen hohen Lohn erhält, und zwar einen höheren als den Durchschnittslohn des Arbeiters in den Privatbetrieben. Wenigstens in Südwestdeutschland ist das allgemein erreicht durch die Dienstalterszulagen nach den ersten Dienstjahren, die Rentenzulagen und die auch schon teilweise durchgeführten Familienzulagen. Die Hebung des städtischen Arbeiters über das Niveau seines Kollegen in der Privatindustrie muß allgemein werden. Sie kann es, ohne die Wirtschaftlichkeit des Kommunalbetriebes zu gefährden. Die Gemeinde soll ihre Arbeiter besser bezahlen und kann es, weil ihre Betriebe nicht konkurrenzieren, sondern eine Monopolstellung haben.

Die Selbständigkeit des Arbeiters wird beeinträchtigt durch den Arbeitsvertrag, insbesondere wenn dieser die Kündigungsfrist ausschließt, so daß die Entlassung von Tag zu Tag erfolgen kann. Diese Bestimmung verleiht bei den bestehenden Machtverhältnissen der Großindustrie, der Ansammlung großer Kapitalien in einer Hand und der Koalition der Unternehmer diesen die Möglichkeit, den Arbeiter aus Gründen zu entlassen, die mit dem Arbeitsvertrage nichts zu tun haben. Dieser Einfluß des Unternehmers auf das Privatleben des Arbeiters ist im Arbeitsvertrage nicht begründet und nicht wünschenswert. Daher haben die Gemeinden die Kündigung entweder ganz auszuschließen, oder, wenn sie zu lassen ist, die Frist möglichst lang anzusetzen. Weiter ist für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter von Bedeutung die Stellung der Gemeinden zum Gemeindearbeiterverband. Die Stadt Straßburg erkennt ihn als Vertreter ihrer Arbeiter an und verhandelt mit ihm. Abzulehnen ist die Parallele zwischen städtischen Arbeitern und Beamten, die ihnen auf Grund des Beamtenrechts die Koalitionsfreiheit absprechen will. Wir wünschen im Gegenteil die Beschränkung der persönlichen Freiheit im Interesse der freiheitlich-staatlichen Entwicklung auf ein Minimum reduziert zu sehen. Trotz materieller Sicherung soll der städtische Arbeiter das Recht unverkürzt behalten, sich außerhalb des Arbeitsverhältnisses zu betätigen. Nur wenn wir die Organisation als solche anerkennen, können auch die Arbeitsausschüsse Bedeutung gewinnen. Sie haben ohne weiteres alle Wünsche der Arbeiter und alle ihre Beschwerden über bestehende Mißstände der Verwaltung vorzutragen. Unbedenklich kann man ihnen auch die Verwaltung aller Wohlfahrtsanstalten und Unterstützungsstellen zu freier Entscheidung überlassen. Der ausschlaggebende Punkt ist aber, ob man sie bei der Regelung des Arbeitsvertrages mit entscheidender Stimme hinzuziehen soll. Es ist zu wünschen, daß die Gemeinden auf diesem Gebiete weiter vorgehen, aber das Tempo des Fortschritts muß von der moralischen und intellektuellen Reife der Arbeiter jeder Stadt abhängen. Es kommt hier alles darauf an, was jede Gemeinde ihrem Arbeiter zutrauen kann. In Straßburg sind vorläufig die Ent-

lassung pensionsberechtigter Arbeiter und jede Änderung der Arbeitsordnung von der Zustimmung des Arbeiterausschusses abhängig gemacht worden, doch beabsichtigt die Stadtverwaltung, in nächster Zeit die Rechte des Arbeiterausschusses noch zu erweitern. Sie hofft, daß die anderen deutschen Städte ihrem Beispiel folgen werden.

In der Debatte machte auch der Pfarrer Lehmann-Hornberg interessante Ausführungen. Er trat lebhaft für die Koalitionsfreiheit der städtischen und staatlichen Arbeiter ein. Man fürchte die Streikgefahr, aber die Streiks würden am leichtfertigen von den unorganisierten Arbeitern unternehmen. Hinter der Abneigung gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter stehe vielfach der Wunsch, unbeschränkt über die Arbeiter zu herrschen. Diese Überspannung des Disziplinbegriffs charakterisiere besonders Preußen. Wo Preußen herrsche, höre das Arbeiterrecht auf, wie das Koalitionsrecht der Eisenbahner in Elsaß-Lothringen. So müsse der Süden moralische Eroberungen im Norden, und die städtischen Verwaltungen müssten moralische Eroberungen in den staatlichen Verwaltungen machen.

Speziell der Berliner Kommunalverwaltung wurde von Professor Wagner-Berlin ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Er erklärte unter großem Beifall: „In kommunalen Dingen ist Berlin die rückständigste und rückschrittlichste Stadt der Welt!“

Daß Berlin in der Hinsicht viel zu wünschen übrig läßt, ist richtig. Aber es steht nicht allein; unser Lübeck und andere Städte geben ihm darin nicht viel nach.

Soziales und Parteileben.

Anruf an die Klassenbewußten Handlungsgehilfen aller Länder!

Hiermit berufen wir die Zweite internationale Konferenz für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen-Organisationen zum Mittwoch, den 21. August 1907, nachmittags 1 Uhr, nach Stuttgart (Deutschland) in das Restaurant „Baustätte“, Wächterstraße 53 ein.

Tagesordnung:

1. Bericht der Internationalen Auskunfts-Stelle (J. A. S.)
2. Vereinnung mit der „Federation Internationale des Employes“, Sitt Gen (Belgien).
3. „Sozialreform oder Selbsthilfe?“ Referat und Diskussion.

Die der Internationalen Auskunfts-Stelle (J. A. S.) angeschlossenen Organisationen werden ersucht, Delegierte zu wählen und Anträge für die Tagesordnung der Konferenz bis zum 15. Juli 1907 an den Unterzeichneten einzuschicken. Die Anträge werden dann im „Handlungsgehilfen-Blatt“ veröffentlicht.

Die der J. A. S. noch nicht angeschlossenen Organisationen werden ersucht, sich unverzüglich anzuschließen. Informationsmaterial kann vom Unterzeichneten bezogen werden. Auch die nicht angeschlossenen Organisationen werden eingeladen, Delegierte nach Stuttgart zu senden, welche an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen können. Die gewählten Delegierten sind bis zum 1. August beim Unterzeichneten anzumelden.

Mit brüderlichem Gruß

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg).

Max Joseph John, Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreher.

21. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Hatten Sie solches Gefühl schon mal, Herr Graf?“ fragte Dulters lauernd, und dabei waren seine Gedanken wieder in der Mondscheinnacht an der einsamen Sichel. Und als er keine Antwort bekam, fuhr er fort: „Es braucht ja gerade kein Einhorn zu sein, das einem da entgegentritt, es kann ja auch sonst ein gefährlicher Feind sein. Was man nicht erwartet hat, kommt oft am schnellsten.“

Luz stellte sich auch nach dieser Herausforderung taub. Blöcklich aber sagte er: „Das mystische Furchtgefühl scheint sich übrigens bei Ihnen sehr verschieden auszuprägen, Herr Dulters. Freie ich mich nicht, so haben Sie es neuerdings auf den Anblick von Kindern übertragen. Gestern, als ich mit Ihnen durchs Dorf ging, fiel mir das besonders auf. Sie machten einen weiten Bogen um die liebe Jugend, die den morschen Schneemann auffrischen wollte. Es schien mir, als wären Sie auf den jungen Nachwuchs überhaupt nicht gut zu sprechen. Oder hat's Ihnen die alte Hexe mit ihrer Wahrsagererei angetan? Wie sagte sie doch? Ein Kind würde Sie zu Fall bringen. War es nicht so?“

Dulters erschraf, trotzdem er sich zusammennahm. Abergläubisch, wie er geworden war, hatte er allerdings mehr als zu viel an die merkwürdige Deutung aus seinen Handlinien gedacht, und so ging er denn plötzlich Kindern auf der Straße mit der komischen Einbildung aus dem Wege, es könnte ihm durch die Berührung großes Unheil widerfahren.

„Man kann allerdings auch über einen Bauernbengel stolpern und sich das Genick brechen, namentlich, wenn es glatt ist,“ fuhr Luz fort.

„So ist es, Herr Graf.“

Eine Weile schwiegen sie, dann gab Luz dem Gespräch eine Wendung. Jetzt, da er seinen Förster und den Regimenter wieder in der Nähe sah, bereitete es ihm Vergnügen, Dulters in Unruhe zu versetzen. „Herr von Passen scheint Eindruck auf Ihr Fräulein Tochter gemacht zu haben,“ sagte er unerwartet.

„Aber nicht auf mich, Herr Graf,“ gab Dulters kurz zurück.

„Wird das etwas helfen? Bei Ottilie?“

„Brechen wir davon ab, Herr Graf,“ fiel Dulters mit großer Bestimmtheit ein. „Vielleicht genügt Ihnen meine Erklärung, daß dieser junge Mann bei unserm Verhalten Ihnen gegenüber von gar keinem Einfluß war, weder direkt, noch indirekt.“

Luz preßte die Lippen zusammen, weil er sich bei einer Unklugheit ertappt fühlte.

„Übrigens hat sich Ihr Herr Arthur bereits in alles gefunden,“ fuhr Dulters fort. „Er machte kurz vor meiner Abreise noch eine sogenannte letzte Anstandsvisite.“

„Das weiß ich,“ log Luz, während er bei sich dachte: „Mir hat er natürlich nichts davon gesagt. Tirmt eine Dummheit auf die andere, dieser blöde Narr.“

Er brachte Ottilie den Abschiedsstrauch und tat im übrigen so, als wäre nichts vorgefallen. Das rechnete ich ihm hoch an. Recht schade, daß meine Ottilie keine Liebe für ihn hat. Jetzt schade ich ihn noch mehr. Ein honetter, junger Mann.“

„Ja, das ist er,“ warf Luz wieder ein, während sein Gedanke war: „Ein Dummkopf erster Güte ist er.“

„Wollen Sie glauben, das Ottilie die Tränen nahe waren... Daran mögen Sie ersehen, wie sehr sie diese anständige Gesinnung zu schätzen mußte. Ich glaube, er wäre nie einer ehrenrührigen Tat fähig.“

Diesmal nagte der Graf stumm an seiner Lippe, um sich das zu verdeutlichen, was er nach diesem Stich eigentlich hätte erwidern müssen. So schwieg er sich abermals aus, in der Voraussetzung, daß man sein Schweigen auch als Zustimmung hätte auffassen können.

Sie hatten den Forst verlassen und waren an dem Fahrweg angelangt, der mitten durch die brachen Felder in die Laubwaldung führte, die drüben in weiter Ferne den ganzen Horizont dunkel umsäumte. Alle vier bestiegen den Wagen, der dort hielt, und fuhren los, begleitet von großen Scharen Krähen, die, durch das Wiehern der kräftigen Ostpreußen aufgeschreckt, wie Landmönche über den schmutzigen Schnee strichen und sich dann auf den Erdflecken wieder niederließen. Hin und wieder flog eine über ihre Köpfe weg und stieß dabei ihr Becken aus, das langgezogen in der bleiernsten Luft verhallte. Der Graf ließ halten, bat sich die Flinte vom Förster aus und schoß eine solche verirrte Krähe aus der Luft herunter, so daß die Federn in alle Winde gewirbelt wurden.

„Schade um den Schuß Pulver,“ sagte Dulters. „Ich wollte Ihnen nur zeigen, daß ich auch sicher treffen kann,“ gab der Graf kalt zurück.

Dieses „auch“ war für Dulters verständnisvoll genug. Diesmal schwieg er sich aus, aber seine Gedanken waren: „Warte, warte! Der Tag wird kommen, wo ich dir die tausend schmerzhaften Nadelstiche durch einen einzigen Schlag vergelten werde.“

„Sehr schwer, Herr Dulters, in dieser Entfernung im Fluge zu treffen,“ sagte der Förster mit lebhafter Miene.

„In der Nähe ist's noch leichter, namentlich wenn das Opfer still hält,“ sagte Luz mit demselben Gleichmut wie zuvor. Zugleich verspürte er eine Bewegung neben sich, wie die eines Menschen, der etwas vornehmen möchte, aber mit aller Gewalt sich bezwingt, es nicht zu tun. Aber diesmal fürchtete er sich nicht, er hatte noch immer den Doppelläufer in der Hand, den er schubbereit hielt.

Während Dulters abermals sein zerknirsches „Warte, warte“ in Gedanken hervorrief, empfand der Graf eine gewisse teuflische Freude darüber, sich durch derartige Anzüglichkeiten Genugtuung für die finanziellen Widerwärtigkeiten, die man ihm bereitet, zu verschaffen.

Die Pferde dampften und verschmausten aufs neue, und abermals trachte ein Schuß. Diesmal hatte der Graf mit dem Schrotlauf in einen ganzen Schwarm der Grauschwarzen hineingeschossen, wonach zwei auf dem Felde blieben. „Das Schußgeld, Dulters, gibt's bei Mutter Lönge,“ sagte er zum Förster und reichte ihm die noch dampfende Flinte. „Und morgen früh wollen wir einmal Meister Reineke an seinem Bau ermarken. Sie kommen doch mit, besser Herr Dulters? Ach so, Bardou — Sie schießen ja nicht mehr.“

Diesmal wollte ihm Dulters was zu kosten geben. „O doch noch, Herr Graf, ich trage meinen Revolver immer bei mir, und ich glaube sicher, daß ich trafe. Namentlich, wenn man mich reizt.“

Dulters, der das für einen Akt hielt, lachte laut auf und erlaubte sich die Bemerkung, daß man mit einem derartigen Anblick auf dem Zustand nicht viel erreichte. Luz lachte mit, trotzdem ihm der Blick Dulters' leichtes Grauen einflößt hatte. Dieser faßte wie zur Beruhigung gegen den Belg, wo er in der inneren Brusttasche den Revolver stecken hatte, mit dem er seine Frau erschossen hatte. Wie ein Kleinod, das man behüten müsse, trug er die Waffe auf

Der neunte Verbandstag deutscher Mühlenarbeiter fand in den Tagen vom 19. bis 23. Mai in Mainz statt. Die zirka 5000 Mitglieder des Verbandes sind durch 37 Delegierte vertreten, außerdem sind anwesend 4 besoldete Agitationsangestellte, die zwei Beamten der Hauptverwaltung, Kappeler und Kemmle, sowie der Vertreter des Ausschusses. Der letzte Verbandstag fand 1904 statt, so daß die Berichtszeit drei Jahre umfaßt. Am Jahresabschluss 1903 betrug die Mitgliederzahl 2893, 1904: 3711, 1905: 4208 und 1906: 4888. Die Fluktuation ist noch recht stark, von 7400 Eingetretenen sind dem Verbands noch nicht 2000 Kreidgeblieben. Im Gegensatz zu anderen Verbänden machte man die Erfahrung, daß die Zahl der „Papierkollaten“ durch Schaffung von Unterstützungsvereinen keine wesentliche Herabminderung erfuhr. Das Kassengebüren der drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Einnahmen:			
	1904	1905	1906
Eintrittsgeld	2 156,50	2 030,—	20 193,—
Beiträge	55 158,65	69 503,60	85 505,40
Sterbemariken	4 971,—	4 020,30	4 980,80
Extrabeiträge	22 455,05	2 111,12	15 195,57
Zusammen	84 741,08	77 683,02	108 814,77

Die Ausgaben betragen in den drei Jahren an pers. sächlichen Verwaltungskonto 21 000 Mark, Verbandsorgan zirka 18 000 Mark, Notunterstützung und Unzugsgeld 6000 Mark, Agitation 20 000 Mark, Lohnbewegungen und Streiks 60 000 Mark, Sterbegeld 12 000 Mark, Arbeitslosenunterstützung 20 000 Mark, Krankenunterstützung 33 000 Mark, Reimunterstützung 3000 Mark. Pro Mitglied und Jahr entfällt auf Zeitung 1,35 Mark, Agitation 2,90 Mark, Streiks und Lohnbewegungen 6,76 Mark, Arbeitslosenunterstützung 1,47 Mark, Krankenunterstützung 3,11 Mark, Notunterstützung, Unzugsgeld und Sterbegeld 2,40 Mark, Gehälter der Hauptverwaltung 95 Pfg. Die Zahlstellen und Gattungen erhielten pro Kopf und Jahr 1904: 3,87 Mark, 1905: 4,49 Mark, 1906: 4,71 Mark. Mit dem ziffermäßigen Wachstum des Verbandes wuchs auch die Zahl und Festigkeit der Lohnbewegungen. Der größte Streik war im Sommer 1904, wo in Hameln 104 Mann zehn Wochen lang streikten. Ein großer Kampf war auch der Streik in den Rheinmühlwerken in Mannheim. Aber das Ergebnis der Lohnbewegungen im Jahre 1906 sagt der Vorstandsbericht: „Erreicht wurde für 452 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 2354 Stunden pro Woche, für 1282 Kollegen 2645 Mark pro Woche an Lohnzulage; ferner für 416 Kollegen bessere Bezahlung der Ueberstunden, für 436 Kollegen bessere Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit, für 60 Kollegen Beseitigung der Affordarbeit; außerdem für 153 Kollegen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Tarifverträge wurden 1906 11 abgeschlossen für 528 beteiligte Arbeiter. Die Kosten unserer Lohnbewegungen, Streiks und für Gemahregelunterstützung betragen in diesem Jahre insgesamt 31 550,22 Mark. In den Erläuterungen Kappeler zum Vorstandsbericht nehmen die Streiks und Lohnbewegungen einen ziemlich breiten Raum ein. Er weist wiederholt nachdrücklich darauf hin, daß die erreichten Erfolge niemand zu beschaulicher Ruhe veranlassen dürfen, sondern man nie vergessen solle, daß erst 8 pZt. der Berufsangehörigen organisiert sind. Der Bericht des Ausschusses schloß sich direkt an, ebenso der Bericht über die Agitation in Rheinland-Westfalen, den Bartels-Köln gab. Die Diskussion über den Vorstandsbericht nimmt den gewohnten Verlauf. Bemerkenswerte Erscheinungen traten darin nicht zu Tage. Über die Taktik bei Lohnbewegungen referiert Kappeler, der eingehende Vorschläge über das künftige Verhalten macht. Entsprechend der fortschreitenden Schulung der Mitglieder gelangte ein neues Streikreglement mit diversen Verschärfungen zur Annahme. Aus den Verhandlungen über diesen Punkt ist von Interesse, daß bei Lohnbewegungen generell das Bestreben beobachtet werden soll, vor allen Dingen die Gegenden mit niedrigen Lohnsätzen nachdrücklich zu bearbeiten, weil diese für die höheren Löhne eine dauernde Gefahr bilden. Die künftige Agitation und die Anstellung besoldeter Gauleiter bildete den Gegenstand eines Referats von Kemmle. Er gibt interessante Zahlen aus dem Berufe bekannt. Danach gibt es in Deutschland 9382 Wind-, 17 370 Wasser- und 886 Dampfmaschinen, 1965 gemischte Betriebe und 650 Elmühlen, zusammen 30 273 Betriebe. Hier von werden in mehr als der Hälfte, nämlich 15 737, keine gewerblichen Arbeiter beschäftigt, 8509 Betriebe beschäftigen 1—2 Arbeiter, 4104, 3 bis 5, 988 6—10, 504 11—20, 289 21—50 und 122 Betriebe über 50 Arbeiter. Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß

die noch überwiegende Form des Kleinbetriebes, verbunden mit Kost- und Logistikmangel, die Agitation ungemein erschwert und von 65 000 Berufsangehörigen können vorläufig höchstens 35 000 von der Organisation erfasst werden. Kemmle schlägt vor, Deutschland in sieben Gaue einzuteilen und vorläufig fünf besoldete Gauleiter anzustellen, um eine planmäßige und intensive Agitation zu ermöglichen. Die Gaueinteilung wird gutgeheißen. Nach langer Debatte wird beschlossen, vorläufig drei Gauleiter anzustellen, die beiden weiteren aber vorläufig zurückzustellen. Die drei Gauleiter erhalten ihren Sitz in Breslau, Nürnberg und Mannheim. Der Antrag, die Hauptverwaltung zu verlegen und zwar nach Mannheim, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag, das Verbandsorgan nicht mehr dreimal monatlich, sondern wöchentlich erscheinen zu lassen. Bisher wurde ein Beitrag von 40 Pfg. pro Woche erhoben, künftig sind 50 Pfg. zu zahlen. Nur Zahlstellen, deren Mitglieder im Durchschnitt weniger als 18 Mk. verdienen, dürfen die niedrigere Beitragsklasse mit 30 Pfg. pro Woche einführen. Dafür kommen sie auch mit den Unterstützungsätzen weniger günstig weg, die im großen und ganzen ihre bisherige Form beibehalten. Die Zahlstellen erhalten 80 Proz. der Einnahmen, die Agitationskosten werden ganz von der Hauptkasse getragen. Zum nächsten Gewerkschaftskongress wurde Kappeler delegiert, zum internationalen Kongress in Stuttgart Kemmle. Das Tätigkeitsgebiet des Verbandes soll umfassen alle in Getreide, Mehl, Öl, Fett, Farbstoffen und anderen Mühlen, sowie die in den dazu gehörenden Lageräumen und die in der Mineral- und Schmelzindustrie beschäftigten Arbeiter. Mit den Bäckern und Brauereien sind Unterhandlungen anzubahnen zur Gründung einer einzigen, großen Organisation für die Nahrungsmittelindustrie. Die Gehaltsfrage wird in der Weise geregelt, daß Hauptvorstandsbeamte mit 2000 Mk. Gehalt angestellt werden mit 100 Mk. jährlicher Zulage bis zu 2500 Mk. dann jährlich 50 bis zu höchstens 2800 Mk. Die Gauleiter erhalten 1800 Mk. Gehalt und 100 Mk. Bureauzuschuß. Jährlich werden 100 Mk. zugelegt bis zu höchstens 2400 Mk. Kappeler als Vorsitzender und Kassierer Kemmle als Redakteur werden einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses wird von Lübeck nach Leipzig verlegt. Der nächste Verbandstag findet Pfingsten 1910 in München statt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Achte Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes. Vierter Verhandlungstag, Abendtag. Auf der Tagesordnung steht der internationale Arbeiterkongress und der internationale Metallarbeiterkongress. Reichel-Stuttgart: Es kann keinen Zweifel geben, daß wir uns an den Kongressen beteiligen. Die Fragen der Politik und die gewerkschaftlichen Fragen zu behandeln, ist ihre Aufgabe, und zwar nicht nur für unsere Ziele, sondern auch für die Gegenwartsforderungen. Je besser die Verständigung zwischen beiden Richtungen, um so schneller geht es vorwärts. Die internationalen Bestrebungen haben machtvolle Organisationen zur Voraussetzung. Die Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse hat großen Einfluß auf das Zusammenwirken. Es ist ausgeschlossen, in allen Ländern der gleichen Taktik zu folgen. Das ist bei der Maifeier zu Tage getreten. Die Bestimmung der Taktik muß der Landesorganisation vorbehalten werden, und im Inlande muß die Taktik der Parteien und Gewerkschaften getrennt bleiben. Die Erscheinungen des letzten Jahres sehen für bestimmte Fälle aber eine Verständigung voraus. Es muß daher eine Verständigung nach all diesen Richtungen hin versucht werden. Der Standpunkt der praktischen Arbeit muß dabei besonders gewahrt bleiben. Es ist auch nötig, daß wir mitwirken, wenn Bestrebungen der bürgerlichen Kreise die Frage des Arbeiterschutzes unterstützen. Es mangelt noch außerordentlich an dieser Richtung. Es muß eine Sammelstelle für das Material gewerkschaftlicher und politischer Natur geschaffen werden. Die Frage der Maifeier steht noch nicht auf der Tagesordnung. Sie kann aber zur Sprache gebracht werden. Unsere Vertretung ist beschränkt. 150 Delegierte entfallen auf alle Gewerkschaften, 22 auf den Metallarbeiter-Verband. Die Wahl der Delegation kann nach Vorschlag des Antragstages Dortmund geschehen. Der Vorstand schlägt vor, die Wahlen hier auf der Generalversammlung vorzunehmen. Es soll nicht immer in dieser Weise gewählt werden, sondern nur für die beiden internationalen Kongresse. Das Jahr 1907 ist ein Wahljahr und daher war Gelegenheit für die Beteiligung der Mitglieder genügend gegeben. Die Generalversammlung kann deswegen direkt wählen, weil es sich nur um einige wenige Mandate handelt. Die Delegierten können auch nur die Stellung vertreten, die die Generalversammlung festlegt, von Meinungsverschiedenheiten abgesehen. Der 1., 2. und 3. und 10. Bezirk wählen je einen Delegierten, die anderen Bezirke je 2, außerdem soll noch der Vorstand, Aus-

schuß und Redaktion vertreten sein. Für den Kongress in Brüssel sollen 5 Vertreter der Mitglieder und 1 Vertreter des Vorstandes gewählt werden. Der Sitz der Zentrale für das Sekretariat soll Deutschland bleiben, ferner soll die Frage des Uebertritts international geregelt werden. Die Art der Wahl auf der Generalversammlung stellt nur dar, daß die höchste Instanz ein Recht ausübt, das ihr zweifellos zusteht. Rößlin-München spricht gegen die Wahl auf der Generalversammlung aus demokratischen Gründen. Dismann-Frankfurt: Die Beteiligung an den Veranstaltungen der bürgerlichen Kongresse muß von Fall zu Fall entschieden und auf den praktischen Wert geprüft werden. Die praktische Solidarität der Arbeiter der verschiedenen Nationen muß noch betätigt werden. Das beweist der Hafenarbeiterstreik und der bei Seidel u. Naumann. Das Streikbrecher-Loch muß verstopft werden. In Sache der Grenzstreitigkeiten muß ein sehr ernstes Wort geredet werden. Die Wahlen sollen durch die gesamte Mitgliedschaft vollzogen werden. Es birgt ein Stück Ungerechtigkeit in sich, die Wahlen auf der Generalversammlung hier vorzunehmen. Reichel-Hagen: Reichel hofft, die Maifeier zu Fall zu bringen und will das durch die von ihm vorgeschlagene Art der Wahl erzielen. Gebundenes Mandat darf die Delegation nicht haben. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Reichel (Schlußwort): Mit den nationalen Verbänden, von denen ich sprach, sind nur unsere modernen Organisationen gemeint. Es ist nicht ganz richtig, von einer Ungerechtigkeit zu sprechen, weil die Kollegen, die Zeit und Befähigung haben, hier anwesend sind. Die Partei hat in einzelnen Fällen auch nicht direkt wählen lassen. Die Maifeier mag bleiben, aber die schädliche Wirkung muß durch Abänderung der Form vermieden werden. Die Delegierten müssen die Taktik vertreten, die vom Verbandstag festgelegt worden ist. Beschlossen wird, die Wahlen zum Gewerkschaftskongress und zum internationalen Arbeiterkongress von den Mitgliedern vorzunehmen zu lassen. Die Wahlen zum internationalen Metallarbeiterkongress sollen auf der Generalversammlung vorgenommen werden. Schlieke-Stuttgart stellt fest, daß die englischen Streikbrecher keine organisierten Arbeiter sind. Haack-Dresden: Die englischen Organisationen haben sich auch Mühe gegeben die Streikbrecher fernzuhalten.

5. Verhandlungstag, Vormittagssitzung. Das Resultat der Wahl zum internationalen Metallarbeiterkongress ist folgendes. Es sind gewählt: Sewering-Mielefeld, Cohen-Berlin, Brandes-Magdeburg, Dismann-Frankfurt a. M., Fching-München. Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Der Uebertritt aus anderen Organisationen zum Metallarbeiter-Verband erfolgt kostenlos unter Umrechnung der in der früheren Organisation gezahlten Beiträge auf die des Metallarbeiterverbandes, sofern die letzteren nicht höher sind. Bei Berufswechsel, der den Uebertritt zur zwingenden Folge hat, wird beim Rücktritt in den Metallarbeiter-Verband die frühere Mitgliedschaft voll angerechnet. Bezüglich der Beitragsleistung und -befreiung wird folgendes beschlossen: Der Wochenbeitrag ist im Voraus zu entrichten. Wer Unterfertigung bezieht, muß mit den Beiträgen auf dem Laufenden sein. Bei Krankheits- und Arbeitslosigkeit oder sonstigen während der Zeit militärischer Übungen ein, auch wenn dieselben nur von kurzer Dauer sind. Der Beitrag für männliche Mitglieder wird auf 60 Pfg. pro Woche erhöht, für weibliche Mitglieder, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren wird der Beitrag auf 25 Pfg. pro Woche festgesetzt. Invaliden Mitgliedern kann die Leistung des 25 Pfg.-Beitrages gestattet werden. Die Bewilligung von Unterstützungen in Fällen der Notlage, Maßregelung und Rechtschutz soll statt wie bisher vom Hauptvorstand, nach Vorschlag der Statutenberatungskommission von den Bezirksleitungen vorgenommen werden. Dismann-Frankfurt wendet sich dagegen mit der Begründung, daß die Bezirksleitungen Aufgaben dieser Art nicht haben sollen, weil sie den Mitgliedern nicht verantwortlich sind. Es müsse eine andere Form der Wahl der Bezirksleitungen und deren Verantwortlichkeit getroffen werden, wenn solche Neuerungen eingeführt werden. Reichel-Stuttgart ersucht dringend um Annahme dieses Vorschlages. Es ist richtig, daß hier der erste Schritt auf dem Wege der Dezentralisation gemacht wird. Das sei aber notwendig, weil die Größe der Organisation und die ganze Entwicklung dahin drängen. Es müssen nach dieser Richtung hin Erfahrungen gemacht werden und dazu dient diese neue Bestimmung. Wenn die Sache sich bewährt, kann sie ausgebaut, andernfalls wieder abgeschafft werden. Die Generalversammlung beschließt, die Vorlage der Statuten-Beratungskommission anzunehmen. Die Bestimmung, daß jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren und Lehrlinge, die

seinen Reifen stets bei sich, bevor er sie wieder zu Hause in dem kleinen Schrank bewahrt. Bei Mutter Lönge machte man Halt, um einen Grog zu trinken. Es war eine einsame Wirtschaft, die an der Chaussee lag, welche den Wald von den Feldern trennte und nach der Kreisstadt führte. In der Schenke saßen polnische Arbeiter, die zur Stadt wollten, schrien laut durcheinander und tranken ihren Korvus aus großen Epigläsern. Einer, schon total betrunken, tanzte im Zimmer, was eigentlich nur ein Aufkloppen mit den Stiefeln war, und stammelte dabei immer dasselbe: „La-ta-ti-ta-ta.“ Eine Ziehharmonika wurde angestimmt, und der Krakowiat ertönte, den nun alle gemächlich zu gröhlen begannen, bis auf den einen, der immer noch sein: „La-ta-ti-ta-ta“ dazwischenwarf. Zwei umarmten sich dann und küßten sich, bis die ganze Bande den Krakowiat zu stampfen begann, so daß das Haus von dem Lärm wiederhallte. Der Faselgeruch drang bis auf den Fluß. Mutter Lönge, eine äppige Person mit verschwommenen, aber nicht unschönen Zügen, hat den „Herrn Grafen und Herren“ in das Gastzimmer hinein, in dem ein schwarzes Sofa, drei Tische und einige Stühle standen. Ein leeres Grogglas auf dem Sofatisch, neben dem der Löffel auf der Untertasse lag, zeugte davon, daß erst vor kurzem ein Gast es verlassen haben müsse. Es sei der Kreisarzt gewesen, der wie gewöhnlich seine drei Glas Grog getrunken habe, meinte die geschwätige Wirtin, die sofort mit ihrer Schürze über Tisch und Stühle fuhr. Der Herr Graf haben mir ja lange nicht die hohe Ehre gegeben,“ fuhr sie fort, nachdem sie mit Lilsner einen verstreuten Händedruck ausgetauscht hatte. Auch Dulzers kannte sie wieder, der schon wiederholt hier eingekehrt war. Die Herren mochten sich nur einen Augenblick gebulden, sie werde vom „Beiten“ nehmen, womit sie den Rum meinte. Auch im Ofen werde sie noch nachlegen, damit es hübsch warm im Zimmer bleibe. Und was die Polacken drüben anbeträfe, so werde sie ihnen gleich ganz gehörig das Maul stopfen. Der Förster meinte, er werde ihr in dieser Beziehung beistehen, sonst werde noch das Dach von dem Gebrüll. In Wahrheit folgte er ihr aber nur, um vor dem Grog erst einen Kostopfschinken zu nehmen, dem er den schönen Namen „Wachendrenner“ gegeben hatte, weil er der bestimmten Meinung war, daß der General Kostopfschinken 1812 Moskau mit-
Wald dampfte der Grog vor ihnen auf dem Tisch und
Wald die Jungen. Durch die Fenster erblickten sie den Wald

mit seinen bemoosten, schwarzverwiterten Stämmen, Lilsner und der Regimenter saßen abseits, während der Graf und der Holzhändler auf dem Sofa Platz genommen hatten. Schon unterwegs hatte Dulzers immer aufs neue Berechnungen angestellt, nun kam auch Luz nochmals eingehend darauf zurück. Schließlich waren sie mit dem Regimenter allein. Lilsner hatte sich aufs neue entfernt. Er wolle sich nur einmal erkundigen, was die „Marzell“ mache, die Tochter der Mutter Lönge, die nicht ganz auf dem Posten sei. Eigentlich war es ihm nur um einen zweiten Kostopfschinken zu tun, der ihn trotz des Grog noch immer kalt ließ — „wie eine Hundeschnauze“, wie er zu der Wirtin meinte. Da er Winter war, so benutzte er gleich die Gelegenheit, mit der Dicken in der Wohnstube ein wenig schön zu tun und ihr Schmeicheleien zu sagen, die sie bereits bis zum Überdruß kannte. Ihr Mann war lange Jahre Kollege von Lilsner gewesen, eines Tages aber von Wildblieben erschossen worden. Da es auf Lilsner keine Pensionberechtigung gab, so hatte sie mit einem kleinen Erbteil und einigen Sparnissen diesen Krug hier gepachtet, der Eigentum des Grafen war. Um sich erkenntlich zu zeigen, hatte Luz die Nacht sehr niedrig bemessen, trotzdem hoffte sie immer, er werde sie eines Tages ganz pachtfrei wohnen lassen, schon weil ihr Mann das Leben in seinen Diensten gelassen hatte. „Nun, wie geht's Alterchen?“ fragte sie vertraulich. „Unser Herr hat sich ja lange nicht blicken lassen. Immer, wenn er kommt, bringt er den Holzhändler mit. Es soll wohl schon wieder geschlagen werden.“ Lilsner lachte, strich mit der Handfläche über ihren vollen Oberarm, was sie ihm aber sofort stumm unterjagte mit einem Blick auf das Sofa, wo, in ein Schattuch gehüllt die „Marzell“ lag, ein vierzehnjähriges Ding mit gelunden Waiswangen und beweglichen Augen. Sie hatte sich den Fußknöchel verknackt und mußte nun „Schonung“ halten, weil sie zu dem Förster gesagt hatte. „Natürlich soll wieder geschlagen werden,“ gab der Förster lachend zurück. „Wir werden nachher gleich die Stämme zählen, wenn's geht, sogar doppelt. Uns wird überhaupt hier alle noch mal der Schlag treffen, wenn's so weiter geht.“ Ein zottiges Lachen kam aus seiner Kehle, dann begann er aufs neue an ihrem Arm zu tuscheln, bis sie ihn schließlich einen Klops auf die Hand gab. „Nu, und der junge Herr? Wie ist's mit der Peirat?“

„Mit zu Wasser geworden, wie mir der Geschäftsführer erzählt hat. Er wird also wohl als junger Herr hier nicht mehr einziehen.“ „O jemineh,“ kam es piepsend vom Sofa her. „Was für'n schöner, junger Leutnant, unser Herr Graf. Und er soll nicht mehr ins Schloß ziehen? Vorigen Sommer hat er mich noch zum Kaffee geladen. Ich sollte dann Jungfer bei seiner Frau werden. Weißt du, Mutter, wie er hier vorritt, damals auf Urlaub, und so recht freundlich zu uns war. Jungfer, bei der Frau Gräfin hätte ich gern werden wollen.“ „Nun hör doch einer die Marzell, so'n Kleinkindswelt. Dir strect wohl mehr der Leutnant in der Nas, leg' dich lieber auf beide Ohren zu gleicher Zeit, Lina. Hör' nicht auf alles!“ „Der liebe Gott hat mir doch die Ohren zum Hören gegeben, Herr Lilsner,“ erwiderte sie maulend. „Der Herr Leutnant ist besser, als alle zusammen, die hier zumlaufen. Keiner denkt an mich, er aber hat an mich gedacht. Weißt du, Mutter, den schönen Bernsteinbroich, den er mir mitgebracht hat. Ich will auch mal nach Berlin. Wenn hier mal ein neuer Herr kommen sollte, dann verkaufen wir alles und ziehen nach Berlin. Da gibt es so schöne Schau-fenster, nicht wahr, Mutter?“ Lilsner lachte schallend auf, traute sich mit beiden Händen zugleich in seinem struppigen Hinterwäldlerhaar und zwupfte dann an seinem verwilderten Bart. „Die Marzell will nach Berlin, es ist zum Totlachen“, sagte er dann. „Der Leutnant steht ja jarmich in Berlin, er steht in Potsdam, du kleiner Dummerjahn.“ „Wenn auch, Berlin liegt bei Potsdam“, maulte sie aufs neue. Lilsner hatte dann was mit Mutter Lönge zu tuscheln. Wenn's wirklich ichief gehen sollte, so legen wir beide unsere Kröten zusammen und erstehen ganz Zugfelde auf Subhastan“, räumte er ihr gemächlich zu. „Dann werden Sie am Ende noch Gutsherrin.“ „Sie sind verrückt geworden, Alterchen,“ gab sie zurück und wollte sich dann ausschütten vor Lachen. „Kommet Sie, trinken Sie lieber noch einen Kostop. Die Bande da drüben brüllt wieder, als wäre Polen immer noch nicht verloren. Ich muß auch sehen, was die Perren machen.“ (Fortsetzung folgt.)

4 Wochen vor Beendigung der Lehrzeit in den Verband ein-
treten, bereits nach einem halben Jahr der Mitgliedschaft Reichs-
geld erhalten, bleibt trotz der Erniedrigung der Beiträge auf-
recht erhalten. Die Auszahlung des Reichsgeldes in der Form
von Eisenbahnsparbüchern wird aufgehoben, weil sich in
der zweijährigen Praxis eine zu große Zahl von Mißgriffen
der Verwaltungen, als auch vieler Uebergriffe seitens der
Mitglieder eingestellt hat. Die beantragten Mehrleistungen bei
der Erwerbslosen-Unterstützung in Krankheitsfällen werden
abgelehnt, und nur für die Ausführungsbestimmungen ent-
sprechend der praktischen Erfahrungen abgeändert. Ebenso
wird jede Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung bei
Arbeitslosigkeit abgelehnt. Das Sterbegeld bleibt in seiner
Höhe ebenfalls unverändert. Es wird jedoch beschlossen, den
Verwaltungsstellen das Recht zu erteilen, gegen Vorlegung
des Nachweises versch. Urkunden die Unterstützung auszusagen,
ohne daß erst Anweisung durch den Vorstand erfolgt. Die Maß-
regelungsunterstützung wird in bisheriger Weise weitergezahlt.
Die Erhöhung der Streikunterstützung wird abgelehnt. Ände-
rungen, den Rechtsschutz betreffend, werden ebenfalls nicht
vorgenommen. Die Schiedsgerichte zur Schlichtung
persönlicher Streitigkeiten und Unterstützung von Ausschluß-
anträgen, stehen zur Debatte. Philipp-Breslau: Die
Statutenberatungskommission hat sich bemüht durch Schaffung
einer Sühneinstanz resp. Aufhebung eines Sühnetermins die-
jenigen Fälle schnell zu erledigen, welche unerheblicher Na-
tur seien. Als weitere Instanz sei dann ein Schiedsgericht
einzusetzen. Kästner-Münster will das Verfahren abge-
lehrt wissen. Vorhöfzer-Stuttgart: Die Hauptsache ist,
daß gegen den Vorstehenden keine Bedenken seitens der Par-
teien vorliegen. Wo schwere Anschuldigungen vorliegen,
muß ein Schiedsgericht die Entscheidung haben, gegen dessen
Urteil die Berufung an den Vorstand zulässig ist. — Nach
kurzer Debatte wird die Vorlage der Kommission angenom-
men. Ausschüsse aus dem Verband können nur erfolgen,
wenn sich das Mitglied: a) Handlungen gegen das Inter-
esse des Verbandes zuschulden kommen läßt; b) beharrlich
weigert, den Anordnungen des Vorstandes oder der örtlichen
Verwaltung, soweit solche durch das Statut begründet sind,
Folge zu leisten; c) sich der in § 23 Absatz 2 a vorgezeichneten
Untersuchungskommission nicht stellt oder sich auf die, die in
§ 27 Abs. 2 b vorgeschriebene Aufforderung hin, nicht recht-
fertigt. Ausschluß ohne ein schiedsrichterliches Verfahren kann
erfolgen, wenn ein Mitglied sich des Streikbruchs, des
Sperrbruchs oder der Unterschlagung schuldig macht. Zur
Frage der örtlichen Verwaltungen wird beschlossen, daß in
Orten mit sehr großer Mitgliederzahl die Zahl der verant-
wortlichen Verwaltungsmittelglieder höher als sonst üblich
bestimmt werden kann; auf Grund eines vom Vorstand zu ge-
nehmigenden Ortsstatuts zur Bestreitung der örtlichen Auf-
gaben bleiben nach wie vor 20 Proz. Mitgliederbeiträge zur
Verfügung der Ortsverwaltung, obwohl durch die Beitrags-
erhöhungen die Einnahmen erhöht werden, weil die Agita-
tionsarbeit gefördert werden soll. Die Bestimmungen über
die Zusammenfassung und die Befugnisse der Generalver-
sammlung werden wie folgt festgelegt: Auf je 2000 Mit-
glieder kommt ein Delegierter. Am den Orten mit geringer
Mitgliederzahl eine Vertretung zu geben, werden die Größen-
klassen von Orten mit bis 100, 250, 500 und 1000 Mitglieder
gebildet und so viel zusammengelegt, daß die oben bezeich-
nete Zahl erreicht wird. Wählbar sind nur vollberechtigte
Mitglieder. Mit beratender Stimme haben die besoldeten
Beamten des Vorstandes, zwei Vertreter des Ausschusses, die
Redakteure des Verbandsorgans, ein Beisitzer des
Vorstandes und die Bezirksleiter Zutritt. Als Ort
der nächsten Generalversammlung wird S a m b u r g festgesetzt.
Ein Antrag, die Arbeiterschutzesetzgebung auf die nächste
Generalversammlung zu setzen, wird angenommen. Das
neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft. Es folgt der
Bericht der Rechnungskommission. Franz-Hamburg: Die
Kommission stellt einen Antrag auf Gewährung einer 10
prozentigen Teuerungszulage für die Angestellten des Haupt-
bureaus. Es wird vorgeschlagen: 1980 Mark Anfangsgehalt
steigend halbjährlich um 60 Mark bis auf 2600 Mark.
Faber-Oberstein hält das Verlangen der Beamten um
Erhöhung der Gehälter für durchaus berechtigt. Franz-
Hamburg: Die Kommission beantragt rückwirkende Kraft für
die Gehaltserhöhung der Hilfsarbeiter. Die Kommission
schlägt vor, dieselbe Gehaltsstala auch für die Lokalbeamten
einzuführen. Beschlossen wird: Die Entschädigung für den
Ausschluß auf 200 Mark festzusetzen. Für den Bezirksleiter
S a c k wird das Gehalt auf 3000 Mark festgelegt. — Das
Monatgeld des Hauptkassierers wird auf 20 Mk. pro Monat
erhöht. Dem Ausschusse wird Decharge für die Kassen-
führung erteilt. Das Gehalt des Vorstehenden Schlieke wird
auf 4200 Mk., des Kassierers Werner und Sekretärs Reichel
auf 3600 Mk. festgesetzt, die Gehälter des Sekretärs
Massatich und Redaktions-Scherm werden um je 600 Mark
erhöht. Das Anfangsgehalt der Bureaubeamten wird auf
1980 Mk. festgelegt, steigend um 60 Mk. pro Halbjahr bis
zu 2600 Mk.

Transportarbeiter-Verbandsstag. Am Freitagnachmittag
referierte Stelling-Lübeck in eingehender Weise über die
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, hierbei die rechtliche und
praktische Seite dieser Frage behandelnd. Seine Ausführun-
gen gipfelten in folgender Resolution:

Die 5. Generalversammlung des Zentralverbandes der
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiter-
innen Deutschlands protestiert mit aller Entschiedenheit
gegen jede weitere Einschränkung des Koalitionsrechtes der
Arbeiter durch reaktionäre Gesetzentwürfe zur Regelung der
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Die Generalversamm-
lung verlangt vielmehr eine reichsgesetzliche, freiheitliche
Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes unter
ausnahmsloser Aufhebung aller diesbezüglichen Landes-
gesetze und polizeilicher Bestimmungen. Außerdem fordert
die Generalversammlung die Verleihung der Rechtsfähigkeit
an alle Berufsvereine ohne jede Klausel und Einschrän-
kung, weil nur auf solcher Grundlage ein für die ganze
Gesellschaft nutzbringender Ausbau der Arbeiter-
Berufsvereine möglich und durchführbar ist. Die General-
versammlung des Zentralverbandes der Handels-, Trans-
port- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
erwartet, daß die Berufskollegen allen Versuchen, die Ver-
leihung der Rechtsfähigkeit mit reaktionären Kompen-
sationen zu verbinden, oder von ihnen abhängig zu
machen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln
entgegenzutreten resp. den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen
werden.

Auf eine Diskussion wurde, da das Thema erschöpfend
behandelt war, durch Beschluß verzichtet. Die Resolution
sah einstimmige Annahme. Sodann sprach Zimmer-
Breslau über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Er
empfahl folgende Resolution:

Die fortschreitende Entwicklung des Handels- und
Transportgewerbes läßt in immer größerem Maßstabe die
Verwendung jugendlicher Arbeiter zu. Die Unternehmer-
schaft bevorzugt die jugendlichen Berufskollegen als billigere
und willigere Arbeitskräfte. Werden daher die jugend-
lichen nicht ebenso wie die erwachsenen Arbeiter zur Be-
rufsorganisation herangezogen, so besteht in hohem Maße
die Gefahr, daß sich die Unternehmer ihrer bei Ausständen
als Arbeitswillige und Lohndrücker bedienen können.
Aus diesen Gründen und zur Hebung der Lage der
jugendlichen Arbeiter, sowie zu deren Schutze ist es un-

bedingt notwendig, sie mit gleichen Rechten und Pflichten
zunächst zur Berufsorganisation heranzuziehen.

Die fünfte Generalversammlung des Zentralverbandes
der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands verpflichtet daher alle Mitglieder, die jugend-
lichen Berufsarbeiter beiderlei Geschlechts dem Verbands-
als Mitglieder zuzuführen.

Diskussion fand auch hierüber nicht statt. Die Resolu-
tion wurde angenommen. Ein Antrag, für die Jugend eine
Monatsschrift herauszugeben, fand Annahme. Über Tarif-
verträge und ihre Bedeutung sprach Pimpel-Berlin.
Folgende Resolution fand Annahme:

Die V. Generalversammlung des Zentralverbandes
der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterin-
nen Deutschlands erklärt die tarifliche Regelung der Lohn-
und Arbeitsverhältnisse zur Erreichung des Zieles — die
Lage der Berufskategorie zu heben — für notwendig
und eritrebenswert. Die Generalversammlung macht es
daher allen Verbands-Funktionären zur Pflicht, bei Lohn-
bewegungen dahin zu wirken, daß eine tarifliche Fest-
legung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt
wird. Als relativ vollkommenste Regelung — weil im
Interesse der Allgemeinheit liegend — ist der Abschluß
von Kollektiv- resp. Korporativ-Verträgen zu erstreben.

Von allen Tarifverträgen, welche den Unternehmern
eingereicht werden sollen, ist dem Zentralvorstand vor her
Abschrift einzulenden; ohne Zustimmung des letzteren
dürfen Verträge nicht abgeschlossen werden.

Der Vorsitzende Schulzki rügte sodann in scharfen
Worten eine redaktionelle Anmerkung des Oberfelder
Bruderblattes, in der das Vorgehen des Brauerverbandes
gegenüber dem Transportarbeiterverband gutgeheißen wird.
Hierauf trat Vertagung ein. — Am letzten Verhandlungstage
sprach Schumann über den Zusammenschluß der Trans-
portarbeiter Deutschlands und unsere Stellung dazu.
Folgende Resolution wurde von ihm empfohlen:

Die ständig fortschreitende Konzentration der Arbeit-
geberverbände im Handels- und Transportgewerbe, das
Bestreben dieser, die Arbeiterorganisationen im weit-
gehendsten Maße von der Einwirkung auf die Arbeits-
verhältnisse zu Gunsten der Arbeitnehmer auszuschließen,
bedingt als einzige wirksame Gegenmaßregel den festesten
und engsten Zusammenschluß der Arbeiter des Handels-,
Transport- und Verkehrsgewerbes in einheitlicher Organi-
sation. Die Generalversammlung erklärt daher einen
Zusammenschluß der deutschen Transportarbeiter-Organi-
sationen auf der von der Konferenz der Zentralvorstände
der Transportarbeiterverbände in Hamburg vom 7. Sep-
tember 1906 geschaffenen Grundlage zuzustimmen.

In der Debatte warnte der Zentralvorsitzende das Hafen-
arbeiterverbandes, Genosse Löring-Hamburg, vor einer
Überstürzung in der Frage des Zusammenschlusses. Der Ver-
treter des Eisenbahnerverbandes, Genosse Johade, gab
der Hoffnung Ausdruck, daß die Verschmelzung recht bald
trotz aller Schwierigkeiten zustande komme. Genosse Kirich-
nick, der Vertreter der Maschinen- und Deizer, legte die
Bedenken dar, die bei seinen Berufskollegen gegen die Ver-
schmelzung vorherrschen. Die Resolution fand einstimmige
Annahme. Nimmehr erfolgte die Statutenberatung. Be-
schlossen wurde u. a., den Namen des Verbandes in „Deut-
scher Transportarbeiterverband“ abzuändern. Die obliga-
torische Einführung einer 30 Pfg.-Streichmarke pro Quartal,
das Eintrittsgeld für weibliche und jugendliche Mitglieder
auf 50 Pfg. festzusetzen, die Verlängerung der Dauer der
Veuzugsberechtigung bei Kranken- und Arbeitslosenunterstützung
um 1 Woche, Einführung der Wöchnerinnenunterstützung an
weibliche Mitglieder, Gewährung der Streikunterstützung
vom zweiten Streiktage ab und Regelung des Zuschusses an
verheiratete Mitglieder in Streikfällen. Die Gehaltsätze
der angestellten Beamten wurden neu reguliert. Als
Ort der nächsten stattfindenden Generalversammlung wurde
München bestimmt. Der bisherige Zentralvorstand wurde
wiedergewählt, desgleichen der Obmann des Ausschusses
und der Revisionskommission. Sodann wurden Schumann,
Dreher und Schulzki zum internationalen Transport-
arbeiterkongress, Schulzki, Dreher, Werner, Schu-
mann, sämtlich in Berlin, sowie Zimmer-Breslau zum
internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart und Schu-
mann, Schulzki, Pimpel, Dreher, Werner, sämtlich
in Berlin, sowie Lübeck-Magdeburg, Wagne-
r-Dobler-München, Bender-Magdeburg, Zimmer-
Berlin und Stelling-Lübeck zum nächsten Gewerk-
schaftskongress delegiert. Stelling-Lübeck sprach im Na-
men der Delegierten und Gäste den Berliner Verwaltungs-
stellen den Dank für die freundliche Aufnahme und die
gebotenen Darstellungen aus. Der Vertreter der ungarischen
Transportarbeiter nahm in herzlichen Worten Abschied von
den deutschen Kollegen. Schulzki-Berlin schloß abdsam
mit einer kräftigen Ansprache um 1/4 Uhr den Ver-
bandsstag.

**Zweite ordentliche Generalversammlung des Deut-
schen Arbeiter-Abstinenz-Bundes.** Während der Pfingst-
tage tagte im Gewerkschaftshause in Hamburg die zweite
Generalversammlung des Arbeiter-Abstinenz-Bundes. Er-
schienen waren außer dem Bundesvorstand 17 Delegierte,
6 Gauleiter, der Vorsitzende des Ausschusses, Klawitter-
Bremen, Kagenstein-Berlin als Vertreter der Preßkommission,
Davidsohn-Berlin als Redakteur des Bundesorgans und vom
Schriftenverlag Michaelis-Berlin. Beschlossen wurde, folgendes
Glückwunschtelegramm an die Redaktion der „Wiener Arbeiter-
zeitung“ abzuschicken: „Die pp. Versammlung sendet der
Sozialdemokratie Österreichs herzlichsten Glückwunsch zum
wohlverdienten glänzenden Wahlsieg.“ Aus dem gedruckt
vorliegenden, sehr umfangreichen Geschäftsbericht ist ersicht-
lich, daß der 1903 im Anschluß an den „Internationalen
Kongress gegen den Alkoholismus“ in Bremen ins Leben ge-
rufene Bund Fortschritte — wenn auch bescheidene — ge-
macht hat. Geklagt wird über „die sich noch häufig zeigende
Abneigung, überhaupt mit der Alkoholfrage sich zu beschäf-
tigen“ und auch über den schwachen Besuch von Vorträgen
über die Alkoholfrage, denen die führenden
Genossen an den einzelnen Orten fernblieben. Auch
über die Parteipresse wird geklagt, „die sich trotz
Aufforderung des Bremer Parteitages wenig oder
gar nicht mit der Alkoholfrage beschäftigt.“ Hierin erblickt
der Bericht eine Mißachtung des Parteitagsbeschlusses, dem
Wunsche der Parteigenossen Rechnung zu tragen. Als einen
Erfolg der Abstinenzbewegung werden die von Parteitag zu
Parteitag sich mehrenden Anträge auf Behandlung der
„Alkoholfrage“ bezeichnet. Auch von den Gewerkschaften
wird konstatiert, daß sie der Alkoholfrage mehr und mehr
ihre Aufmerksamkeit widmen. Der Mitgliederbestand betrug
am 1. April 1905 rund 1300, zurzeit beträgt er 1600, dar-
unter 157 weibliche Mitglieder. Die Kassenverhältnisse haben
sich günstiger gestaltet; während das erste und zweite Ge-
schäftsjahr eine Gesamteinnahme von 4659,60 Mk. aufwies,
überholte das dritte Geschäftsjahr die beiden vorhergehenden
zusammen. Im vierten Geschäftsjahr wurde dem Bund ein
Ergatz von 18304 Mk. überwiesen. Von den Gewerkschafts-
kartellen und Parteiverbindungen sind in den beiden Berichtsjah-
ren über 400 Mk. eingegangen. Für die Agitation wur-
den in den beiden ersten Jahren 162 Mk. ausgegeben, im
dritten Jahre dagegen 665 Mk. und im vierten 1369 Mk. —
Der Schriftenverlag balanziert in Einnahme und Ausgabe

mit 10000,62 Mk. — Das Bundesorgan „Der abstinenz-
Arbeiter“ weist noch eine Unterbilanz auf, die man durch die
Daranziehung von Inseraten herabzumindern hofft. Seit
dem 1. August 1905 erhielt die gesamte Partei-
und Gewerkschaftspresse das Organ zugestellt. Über die
Agitation sprach Neumann, der von jedem
Bundesmitgliede verlangte, es solle dahin streben, daß es
als Agitator für die Ziele des Bundes eine volle Pflicht
und Schuldigkeit tun könne. Neben der äußeren dürfte die
innere Agitation nicht vernachlässigt werden. Flugblätter
hätten hauptsächlich bei besonderen Anlässen agitatorischen
Wert, so bei Streiks, Aussperrungen usw. Die Einberufen-
gen von großen Versammlungen hätten sich als Stöße in die
Luit erwiesen. Den Redaktionen müsse etwas geboten wer-
den, weshalb die Kartentorrespondenz vorgeschlagen werde.
Man könne von den mit Arbeit überhäufteten und durch
ihre sonstige Parteitätigkeit stark belasteten Redakteuren nicht
verlangen, daß sie allzuteil in dieses weite Gebiet eindrin-
gen. Redner behandelt die vorliegenden Anträge. Nach
langer Debatte gelangt folgende Resolution zur Annahme:
„Um die Agitation für den Bund intensiver gestalten zu
können, beschließt die zweite Generalversammlung: Dem
Bundesvorstand wird anheim gegeben, die Mittel des Bun-
des dazu zu verwenden, daß an Orten, in denen unsere Be-
wegung noch keinen festen Fuß gefaßt hat, öffentliche Ver-
sammlungen abgehalten und die Karteile und Parteivereine
erfucht werden, solche Versammlungen einzuberufen. Sonst
sind öffentliche Versammlungen nur dann zu unterstützen,
wenn an den in Frage kommenden Orten die Ver-
hältnisse es als angebracht erscheinen lassen. Weiter
ist das Bundesorgan von Zeit zu Zeit als Agitations-
nummer herauszugeben. Es soll sich speziell mit der Aufklärung
der Jugend und der Frauen befassen. Ferner sind Schritte
einzuleiten, die es ermöglichen, Wanderversammlungen zu
veranstalten. Um der Partei- und Gewerkschaftspresse Ge-
legenheit zu geben, der Alkoholfrage mehr Beachtung zu
schenken, ist eine Kartentorrespondenz zu schaffen, aus der
Artikel übernommen werden können.“ Ueber „Alkohol
und Strafrecht“ referierte Kagenstein-Berlin, der
in seinem längeren, mit großem Beifall aufgenommenen
Referat u. a. ausführte: Unter heutiger Strafvolllage ist eine
Hochschule der Verbrechen; ratlos sehe er der unerhörten
Zunahme der jugendlichen Verbrechen gegenüber. Die Sozial-
demokratie müsse sich mit der Frage des Strafrechts
und seiner Reform befassen, weil sie die Vertreterin der Klasse
ist, die ungeschützt der rücksichtslosen Klassenjustiz preis-
gegeben ist. Aufgabe der sozialdemokratischen Abstinenzisten
ist es nun, dem Strafvolllage und seiner Reform ihre Beachtung
zu schenken, soweit der Alkohol als bestimmender Faktor
dabei in Betracht kommt. Vereinfacht der Alkohol nun das
Verbrechen? Der Alkohol in jeder Form ist ein Betäubungs-
mittel, er lähmt gewisse Nerven- und Hirnzentren, er schwächt
das Verantwortlichkeitsgefühl und die Selbstkritik, die Scham,
die Rücksichtnahme. So ist der Alkohol fraglos ein starker
Faktor beim Verbrechen. Man kann nicht — wie das
Bürgerliche häufig machen — sagen, daß er der alleinige oder
auch nur der hauptsächlichste Faktor ist; nein, die sozialen Zu-
sammenhänge sind nicht so einfacher Natur. Genso und noch
mehr als den Alkoholismus bekämpfen wir die Tuberkulose.
Auf einem Gebiete ist der Alkohol besonders gefährlich, bei
den Gelegenheitsverbrechen. Nach vielen Statistiken ist dar-
getan, daß die Zahl der Vergehen und Verbrechen immer
an den Tagen am höchsten ist, an denen der Alkoholgenuß
am größten ist. Die Unfallstatistik zeigt uns das gleiche
Bild. Nun hat man in bürgerlichen Kreisen den Gedanken
ausgesprochen, daß man nicht die Vergehen in der Trunken-
heit bestrafen sollte, wohl aber die Trunkenheit selbst. Diese
Strafe wäre ein Ausnahmefall gegen die Arbeiterklasse,
denn viele Umstände wirken dahin, daß ein Arbeiter in seiner
Trunkenheit der Öffentlichkeit viel mehr ausgesetzt ist, als
ein besserstelterter. Fordern müssen wir aber, daß der Alko-
holtrunk zur Heilung nicht einer Strafanstalt oder einem
Arbeitshause übergeben wird, sondern daß diese Krankheit
in Heilanstalten behandelt wird. Alle sozialen Faktoren
müssen hier besternd zusammenwirken: Wohnungsreform,
Verkürzung der Arbeitszeit. Vor allem aber müssen wir hier
bestehend in der Erziehung der Jugend wirken, in den Schu-
len muß ein Alkoholunterricht eingeführt werden. Es ist
Zeit, daß wir uns in diesen Dingen endlich einmal auf uns
selbst besinnen, um den ungeheuren pestenden Alkoholumpf
trocken zu legen. Dem Strafvolllage müssen wir aber den
Zug der Rache nehmen und die Fürsorge oben anstellen. So
zu fordern und zu handeln gebietet es der Sinn unseres Pro-
gramms, um die Menschheit aus allen Qualen und Fesseln zu be-
freien. Die zum Statut gestellten Anträge verursachen ebenfalls
eine lange Debatte. Von einer Erhöhung der Bundesbeiträge
(10 Pfg. für männliche und 5 Pfg. für weibliche Mitglieder
pro Woche) wird abgesehen, dagegen wird das Eintrittsgeld
für männliche Mitglieder von 25 auf 50 Pfg. und für weib-
liche Mitglieder von 15 auf 25 Pfg. erhöht. Der Extrabeitrag
soll statt bisher halbjährlich, monatlich erhoben werden
und zwar in der seitherigen Höhe von 10 und 5 Pfg. Der
Bundesvorstand beantragt die Anstellung eines besoldeten
Beamten, da die sich häufenden Arbeiten nicht mehr im Re-
benamte versehen werden können. Nach langem Für und
Wider wird der Antrag angenommen. Eingehend erörtert
wird die Stellungnahme des Bundes zu den Guttempler-
logen, die, wie an Beispielen dargelegt wird, zum Teil den
Arbeiterabstinenzisten gegenüber eine Stellungnahme im Sinne
der Scharfmacher beobachteten. Die Ortsgruppe Berlin ver-
langt den Austritt aus solchen Abstinenzorganisationen
innerhalb eines halben Jahres nach Eintritt
in den Bund. Es wird eine längere Resolution
angenommen, die wir bereits veröffentlicht
haben. Damit sind die anderen hierzu vorliegenden Anträge
erledigt. Von den weiteren zur Annahme gelangten Anträgen
sind noch diese erwähnt: „Die Generalversammlung möge
beschließen: Der B.-A. möge sich mit den Gewerkschaften
in Verbindung setzen, damit letztere bei den Gewerkschafts-
mitgliedern dahin wirken, daß diese, falls sie sich der Ab-
stinenzbewegung anschließen wollen, Mitglieder des D. A. B.-
Bundes werden. Ebenfalls möge die Generalkommission der
Gewerkschaften dahin wirken, daß in der
Gewerkschaftspresse auffällende Artikel über die schädlichen
Wirksamkeit des Alkohols mehr als bisher gebracht werden.“
Der D. A. B. möge auf die Konsumvereine der Arbeiter-
schaft einwirken, damit zu ermäßigten Preisen alkoholfreie
Getränke als Verkaufsartikel eingeführt werden.“ Das
Bundesorgan soll, wie bisher alle 14 Tage erscheinen. Die
Generalversammlung wolle die Herausgabe eines Flugblattes
veranlassen, welches sich mit der „Neutralität“ der bürger-
lichen Abstinenzorganisation beschäftigt. Dieses Flugblatt
ist den Ortsgruppen und Einzelmitgliedern gratis zu liefern.“
Weitere Anträge, welche Wünsche und Forderungen an den
Partei- und Bundesvorstand bezw. an die Gesetzgebung enthalten, werden dem
Bundesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Das
Gehalt des Bundesvorstehenden wird auf 2000 Mk. bemessen;
außerdem trägt der Bund die Hälfte des Beitrages zur
Unterstützungsvereinigung des Vereins „Arbeiterpresse“. Das
Statut soll am 1. Juli 1907 in Kraft treten. Zum Bundes-
vorstehenden wird Neumann-Hamburg, zum Hauptkassier-
er Zänker-Altona, zum Redakteur Davidsohn-Berlin, zum Vor-
sitzenden des Ausschusses Klawitter-Bremen und zum Vor-
sitzenden der Preßkommission Kagenstein-Berlin wieder

gewählt. Die nächste Generalversammlung wird in Mitteldeutschland stattfinden. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiter- und die internationale Arbeiterabteilungs-Bewegung wird die Generalversammlung geschlossen.

Der 8. Bundestag des Arbeiter-Turnerbundes. Eine eingehende Debatte wird über die Zusammenfassung des Bundesvorstandes gepflegt. Der Vorstand soll sich in Zukunft aus fünf Beamten (Vorsitzender, Redakteur, Geschäftsführer, Sekretär und Technischer Leiter) und fünf unbesoldeten Personen zusammensetzen. Die Wahl des Redakteurs wird auf dem Bundestag vorgenommen. Zur Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten wird eine neungliedrige Kommission gewählt. Der gleiche Arbeit hat sich eine dreigliedrige Kommission für den Sekretär zu unterziehen. Die Anträge, die Geschäftsstelle ist von Leipzig zu verlegen und die Geschäftsstelle ist nach Stuttgart zu verlegen stehen zur Beratung. Ueber die Grundfrage, ob die Geschäftsstelle überhaupt verlegt werden soll, wird namentlich abgestimmt. Für Verlegung wurden 61 Stimmen, dagegen 101 abgegeben. Somit sind alle weiteren Anträge hinfällig. Der Sitz bleibt in Leipzig. Ein weiterer Antrag, welcher die Gehälter regelt, wird mit rückwirkender Kraft angenommen. Richtig ist Berlin spricht über Jugendorganisation und empfiehlt am Schlusse seiner interessanten Ausführungen folgende Resolution: „Die auf dem Bundestag versammelten Delegierten halten nach wie vor die Pflege des Jugendturnens als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Sie verurteilen die Eingriffe der Regierung in unser Wirken für das Wohl der arbeitenden Klassen und damit auch für das allgemeine Volkswohl als entschiedenste, indem sie der Meinung sind, daß die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei keinen Einfluß auf die Befähigung zur Erteilung von Turnunterricht haben kann.“ Der Referent betont, wir wollen Menschen erziehen, damit sie allen Gefahren, die im späteren Leben an sie heranrücken, gewachsen sind. Ueber Turntechnisches referiert Benedix-Leipzig. Er hebt hauptsächlich hervor, daß die Herbeiführung einer einheitlichen Turnsprache das Wichtigste sei, was wir herbeiführen müssen. Dies war schon das Bestreben Jahns. Er konnte es leider nicht zu Ende führen. Dazu bedarf es der Mitwirkung jedes Mitgliedes. Die Turnbewegung für Frauen und Mädchen ist leider in letzter Zeit nicht so intensiv betrieben worden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die „Turnzeitung“ muß besondere Beilagen für Turnfrauen bringen. Die volkstümlichen Spiele müssen auf dem Turnplatz mehr gepflegt werden. Ueber das Bezirksturnen soll eine Urabstimmung entscheiden. Als weiterer Verwaltungskörper würde die Bildung eines Ausschusses beschlossen, dieser soll örtlich getrennt vom Bundesvorstand sein. In die Verwaltung werden gewählt: Frey, Vorsitzender, Backhaus, Kassierer, Bildung, Redakteur, Sekretär, Kopisch, Technischer Leiter.

Über die Aussperrung im Berliner Baugewerbe sind auch bis jetzt abschließende Ziffern noch nicht bekannt. Wie bei allen Aussperrungen zeigt sich hier zwischen den Ziffern der Unternehmer und denen der Arbeiter eine Differenz, die daraus entsteht, daß die Arbeiter die Zahl der wirklich ausgesperrten, die Unternehmer die Ziffer der an dem Kampfe beteiligten Betriebsangehörigen zählen, von denen aber überall eine große Zahl zur Verrichtung der notwendigsten Arbeiten zurückgestellt wird. Die Schätzung der Unternehmer über die Zahl der ausgesperrten beträgt etwa das Doppelte von dem, was die Arbeiter festgehalten haben, bleibt aber auch weit hinter den Angaben der bürgerlichen Presse zurück. Der Verband der Baugeschäfte behauptet, daß 28 000 bis 29 000 Arbeiter bis Donnerstag mittag ausgesperrt worden seien. Im Zentralverband der Maurer meldeten sich 5036 ausgesperrte und streikende Mitglieder zur Kontrolle. Die Abreise der Unverheirateten ging flott von statten. Die nun gründlicher durchgeführte Kontrolle des Maurerverbandes über die Arbeitsstellen, wo nicht ausgesperrt worden ist, hat ergeben, daß ihre Zahl doch viel größer ist, als nach der ersten Feststellung angenommen wurde. Es sind 898 Arbeitsstellen mit 5122 beschäftigten, also nicht ausgesperrten Maurern gefunden worden. Im Zentralverband der Zimmerer hat sich die Zahl der ausgesperrten und Streikenden nicht wesentlich vermehrt. So mangelhaft wie bei den Maurern und Zimmerern ist die Aussperrung selbstverständlich auch bei den Bauhilfsarbeitern durchgeführt. In ihrer Zentralorganisation, die in Berlin 12 000 Mitglieder hat, waren nur 3300 Aussperrte und solche gemeldet, die wegen Teilaussperrung die Arbeit niedergelegt hatten. In dieser Zahl sind jedoch auch die Arbeitslosen mitgezählt. Die Freie Vereinigung der Maurer hat nach den letzten Aufstellungen 859 Aussperrte und 172 Arbeitslose zu verzeichnen. Es sind etwa ein Drittel der Mitglieder ausgesperrt worden. Nach ihren Angaben wird auf 630 bis 650 Arbeitsplätzen in Groß-Berlin gearbeitet. Bei der Freien Vereinigung der Zimmerer sind als ausgesperrt und arbeitslos 620 Mann zu rechnen; darunter befinden sich aber 176 Arbeitslose, die Donnerstag nur mit 86 angegeben wurden. Die 391 Aussperrten bilden weniger als ein Fünftel der Mitgliederzahl. Aussperrt haben 141 Firmen. Bei der Freien Vereinigung der Bauarbeiter sind 330 Aussperrte bei 68 Unternehmern zu verzeichnen nebst 49 Arbeitslosen, im ganzen also 429 Mann. Etwa der dritte Teil der Mitglieder ist ausgesperrt worden.

Die Lohnbewegung der Bäckergehilfen in Oera ist entgegen Meldungen bürgerlicher Blätter, nicht beendet. Es wird vielmehr auf die ablehnende Haltung der Unternehmer hin höchstwahrscheinlich zum Kampfe, das heißt, daß sich die Arbeiter dem Machtgebot der Unternehmer nicht fügen wollen, zur Aussperrung kommen.

Die Kutscher in Baden-Baden sind in den Ausstand getreten. Die Leute, die bisher mit einem Wochenlohn von 5 bis 6 Mk. abgepeist wurden, verlangten 10 Mk. pro Woche. Alle Bemühungen der Organisation, die Bewegung in friedlicher Weise beizulegen, wurden von den Unternehmern rundweg abgelehnt, selbst als am letzten Freitag die Forderung auf 8 Mk. reduziert wurde. Darauf sind die Kutscher in den Streik getreten.

Der Stand des Ausstandes im lothringischen Grubenrevier war Freitag Mittag folgender: Zu den 5 Gruben im Ornelal, auf denen gestreikt wird, ist neu hinzugegetreten die Grube Sainte Marie Aux Chenes. Dort streiken von 700 Mann der Belegschaft etwa 200. Im Feintal streiken auf der Grube Karl Lueg von 500 Mann der Belegschaft 300, im Feintal von 700 Mann 550, auf der Grube Hayingen von 400 Mann 250, auf der Grube Friede von 150 Mann 125. Auf der Grube Stumm in Burbach arbeiten nur Tagelöhner; sämtliche Schlepper und Häuer streiken. Auf der Grube Köhling und in den Rheinischen Stahlwerken hat sich die Zahl der Streikenden ebenfalls vermehrt. Entgegen anderen Meldungen wurde die Ruhe bisher nirgends gestört. So meldet das Wolflische Telegraphenbureau.

Zum Abschluß eines Tarifvertrages ist es nunmehr zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verband und den Hilfsarbeitern gekommen, die in dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands organisiert sind. Der Tarif läuft bis zum 31. Dezember 1911 und seine Bestimmungen sind denen des Buchdrucker-Tarif nachgebildet.

Eine standesgemäße Beschäftigung. Einem edlen Gewerbe hat sich der Oberstleutnant a. D. Freiherr von Schleinig in Stettin hingegeben; er wird für die Zementfabrik Stern in Finkenwalde = Pöbelsch Arbeitswillige und begleitet diese höchstselbständig von Berlin nach dem Orte ihrer Heimat. Früher war es Aufgabe der Werbeoffiziere, für den Militärs aus aller Herren Länder Soldaten zusammenzufinden, heute machen es sich Offiziere zur Aufgabe, Soldaten, das heißt Arbeitswillige für den Kapitalismus anzuwerben. Sogar unter den eigenen Kameraden war früher der Werbeoffizier lächelnd angeschrieben, ob das moderne Geschäft der Arbeitswilligenwerbung bei den Klassenoffizieren des Herrn Oberstleutnant a. D. höher bewertet wird, wissen wir nicht.

Von einer Lohnbewegung englischer Seeleute meldet das „W. L. B.“ aus Liverpool: Nach einer Angabe des Sekretärs des Nationalverbandes der Seeleute und Decker ist vor kurzem an den hiesigen Dampfschiffreederverband formell die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung von 10 Schillingen monatlich für die Seeleute, Decker und Trimmer auf allen Auslandschiffen und von 2 1/2 bis 3 Schillingen für die Leute auf Küstendampfern gestellt worden. Weiterhin wird auch versichert, daß in der internationalen Bewegung unter den Transportarbeitern der Klassen: Dockarbeiter, Eisenbahner und Fuhrleute ein Fortschritt erreicht sei in bezug auf gemeinsame Vorgehen im Falle von Streiks, um die Heranziehung von nichtorganisierten Arbeitern nach irgendwelchen Hauptplätzen in Europa, wo solche Streiks ausbrechen, zu verhindern.

Am „Vorwärts“ sind, wie wir dem soeben erschienenen Bericht der Berliner Parteifunktionen entnehmen, zurzeit 11 Redakteure und 3 Redaktionssekretäre, im ganzen also 14 in der Redaktion tätige Genossen beschäftigt, abgesehen von den Mitarbeitern. Die für redaktionelle Zwecke aufgewendete Gesamtausgabe betrug im letzten Jahre 259 708,25 Mk., die Abonnentenzahl ist jetzt auf circa 140 000 angewachsen.

Versammlung der Bürgerchaft.

P. L. Lübeck, den 27. Mai 1907.

Der Vorsitzende Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten.

Die Wahl einer Kommission für die Beratung der Diäten für die ländlichen Bürgerchaftsmitglieder hatte folgendes Resultat: Gewählt wurden Dr. Görz, Jenne, Buchwald.

Der erste Senatsantrag betrifft die Senkung der Lübeck-Gutin-Travemünder Bahn zur Herstellung einer Haltestelle an der Ringstraße.

Dem Vorsitzenden ist ein Antrag Wissell zugegangen, der für die Arbeiter in staatlichen Bauten die Zahlung des Lohnes, wie er den zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossenen Tarifen entspricht, vorsieht; wo kein Tarifvertrag besteht, da sollen die hierorts als üblich und anständig geltenden Löhne gezahlt werden. Als Mindestlohn soll der ortsbliche Tagelohn gelten.

Als der Vorsitzende erklärt, daß das Ersuchen um Schluß der Versammlung zur Beratung gelangen soll, ändert der Antragsteller denselben so, daß er mit dem ersten Senatsantrag in Verbindung steht.

Wissell erklärt, daß die Sozialdemokraten für den Senatsantrag stimmen werden, obwohl vielleicht zu bedenken wäre, ob nicht bei genügender Voraussicht sich hätten Ersparnisse erzielen lassen. Redner begründet seinen Antrag zunächst mit einem Hinweis auf ein vom reichsstatistischen Amt herausgegebenes Buch, in dem es als wünschenswert bezeichnet wird, daß in dem Sinne verfahren wird, wie sein Antrag es vorsieht. Wir verlangen in dem Antrag nicht einmal, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen vom Staat gebessert werden, wir wollen nur, daß die bestehenden Verhältnisse nicht verschlechtert werden. In dem Antrag ist auf die Frauennarbeit besonders hingewiesen worden, doch wird man selbstverständlich die richtigen Konsequenzen ziehen. Redner erachtet um Annahme seines Antrages.

Senator J. H. Evers tritt den Ausführungen Wissells entgegen. Wenn der Antrag angenommen würde, so würden die Arbeiter die Herren sein. Es ist üblich, städtischen Arbeitern einen niedrigeren Lohn zu zahlen, weil sie ständig, auch im Alter, beschäftigt werden. Mit der Annahme des Antrags Wissell würde den Arbeitern ein schlechter Dienst erwiesen.

Rosenquist tritt im Interesse der Handwerker für den Antrag Wissell ein; ebenso Heinsohn.

Senator Dr. Fehling warnt vor Annahme des Antrages Wissell, dessen Konsequenzen nicht zu übersehen seien. Redner hält es für richtig, daß ein derartiger Antrag an den Bürgerausschuß verwiesen wird.

Wissell tritt den Ausführungen des Senators J. H. Evers entgegen. Wenn die Arbeiter nach Annahme meines Antrages zu Herren würden, so ist das eine Folge, die jedenfalls vom Reichsamt für Arbeiterstatistik gewünscht wird. Weiter verweist Redner auf den evangelisch-sozialen Kongreß, auf dem unter dem Beifall der Anwesenden verlangt wurde, die städtischen und staatlichen Arbeiter besser zu entlohnen, als das bei privaten Unternehmern geschehe. Auf Wunsch des Vorsitzenden ändert der Antragsteller sein Ersuchen in einen selbständigen Antrag um, der nach Schluß der Senatsanträge zur Abstimmung gelangt.

Glafau benähmelt das geringe Entgegenkommen der Bahnverwaltung und hofft, daß dieselbe wenigstens das Stationsgebäude baut.

Senator J. H. Evers: Die Vorlage ist erst entstanden, nachdem die Bahn bereits den Damm aufgeworfen hatte; deshalb konnte sie zu den Kosten der Senkung nicht herangezogen werden.

Lauenstein wünscht die Schaffung guter Zuwegungen zum Bahnhof.

Dr. Wehke hält eine Kommissionsberatung bei dieser wichtigen Sache für notwendig.

Senator J. H. Evers verteidigt die Senatsvorlage.

Thiele will etwas von den 165 000 Mark retten, die für die Senkung ausgegeben werden sollen und ist deshalb für kommissarische Prüfung der Vorlage.

Peters bezeichnet es als engherzig, daß die Bahnverwaltung um die Anlagelosten sich zu drücken versucht, obwohl sie doch von der Haltestelle den größten Nutzen hat. Troßdem bittet er um Annahme des Senatsantrages.

Dr. Wichmann: Die Bahn hat an dem Bau der Haltestelle kein besonderes Interesse; wird doch durch dieselbe die Strecke um einige Kilometer abgekürzt. Traurig ist es, daß der neue Bahnhof nicht vor dem nächsten Frühjahr eröffnet und den mäßigen Verhältnissen ein Ende gemacht wird. Redner fragt, wie es mit der Fertigstellung der neuen Puppenbrücke bestellt ist.

Senator J. H. Evers: Die Brücke wird voraussichtlich mitte nächsten Monats dem Verkehr übergeben. Die kleinen Störungen, die in der letzten Zeit erfolgt sind, werden nichts daran ändern. Gegenüber Herrn Dr. Wichmann muß ich erklären, daß die Bahn denn doch das größte Interesse an der Herstellung der Haltestelle hat.

Der Senatsantrag wird angenommen. Die nächste Senatsvorlage betrifft den Neubau des Holländerhauses auf dem Stadtgute Vehlendorf.

Rosenquist wünscht, daß mit dem Prinzip, Submissionen an den Willkürfordernden zu vergeben, gebrochen wird.

Klein bringt verschiedene Wünsche vor, die ihm von Vehlendorfer Einwohnern übermittelt worden sind.

Senator Dr. Fehling sagt die möglichste Berücksichtigung derselben zu.

Glafau bittet um Verbesserung des Submissionswesens. Die Ausführungen Rosenquists unterschreibe er voll und ganz.

Senator J. H. Evers: Den Vorschlägen des Herrn Rosenquist kann die Deputation nicht zustimmen. Wird ein besseres Verfahren als die Submission gefunden, so werden wir dasselbe gern akzeptieren.

In der weiteren Debatte beteiligen sich noch Ehlers, Vehlendorf, Lauenstein und Senator Dr. Fehling.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen.

Debattelos genehmigt wird die Nachbewilligung auf die für die Ausgaben des Katasteramtes im Staatsbudget für 1906 vorgesehenen Mittel; ebenso die Senatsanträge betr. Legung von elektrischen Kabelleitungen auf dem Markter Willenterrain und Anschluß desselben an das Kabelnetz des städtischen Elektrizitätswerkes, Legung von elektrischen Verteilungskabeln in der Straße Am Brink und in der Bäckerstraße, Legung von elektrischen Verteilungskabeln in Straßen zwischen der Schwartauer und Fackenburg Allee, Erweiterung von Einrichtungen auf dem Gaswerk II, Einrichtung einer Bertha-Gobert-Stiftung, Schaffung neuer Beamtenstellen beim Katasteramt. Nachbewilligung auf die Positionen 2b, 3b und 9 des Art. 23 der Ausgabenliste des Staatsbudgets für 1906, Unentgeltlicher Erwerb einiger zu Bahn- und Straßenanlagen in Danischburg erforderlicher Flächen.

Reim Senatsantrag auf Enteignung von Ländereien in der Gemarkung Ziemis erklärt der Vorsitzende, daß ihm eine Zuschrift der Firma Louis Wolff zugegangen sei, in welcher die Verleihung des Enteignungsrechts in diesem Falle als ungeschicklich hingestellt wird, da nur für Staatszwecke erforderliche Grundstücke enteignet werden dürfen. Hier wolle jedoch der Staat Ländereien auf Vorrat kaufen und den Preis herabmindern.

Peters hält es nicht für rätlich, daß das Enteignungsverfahren eingeleitet wird zum Erwerb von Grund und Boden zu industriellen Zwecken.

Senator J. H. Evers hält es für richtig, daß erst das Enteignungsverfahren eingeleitet und dann Verhandlungen angeknüpft werden. Mit der Firma Louis Wolff werden noch Verhandlungen gepflogen. Für eine Industriebahn ist es notwendig, daß auch die anliegenden Ländereien Industriezwecken dienlich gemacht werden.

Dr. Wittern hält es für notwendig, daß die Vorlage an eine Kommission verwiesen wird, um die von der Firma Louis Wolff erhobenen Einwendungen zu prüfen. Eine hat die Sache nicht. Zwangsmäßige Enteignung soll man nicht ohne Not vornehmen, denn es wird dadurch in das Eigentumsrecht von Privaten eingegriffen.

Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch soll das Enteignungsverfahren nur aus Gründen des öffentlichen Wohls vertriehen werden; solches liege hier nicht vor, sondern nur finanzielle Interessen des Fiskus. Der Staat will hier Ländereien erwerben, um sie an Industrie zu verhandeln. Wir kommen auf diese Weise dahin, das sozialdemokratische Programm zu verwirklichen, das ja auch die Enteignung des Grund und Bodens sowie der Produktionsmittel vorsieht. Hier heißt es: principis obsta!

Senator Dr. Vermehren: Man hat den Begriff öffentliches Wohl auf alle Staatszwecke ausgebeugt. Sollte wirklich die Bürgerchaft einmal einen größeren sozialdemokratischen Anstrich erhalten, so würden die von Herrn Dr. Wittern gegebene Befürchtungen doch nicht zur Wahrheit werden, denn die Bürgerchaft ist nur ein Teil der Bevölkerung. Redner verteidigt im übrigen die Senatsvorlage. Gegen Kommissionsberatung hat der Senat natürlich nichts einzuwenden.

Wissell: Wenn erst einmal die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Bürgerchaft hätten, so würden sie auch wohl in den Senat eindringen, denn sie würde mit ihren Kandidaten immer wieder kommen, und endlich würde das Los einmal doch zu unseren Gunsten entscheiden. Obwohl wir sonst für die Expropriierung sind, so können wir in diesem Falle doch nicht für den Senatsantrag stimmen, denn durch denselben werden gesetzliche Bestimmungen verlegt.

Senator Dr. Eschenburg bittet um Annahme des Senatsantrages.

H. Thiel tritt für Kommissionsberatung ein.

Schulmerich hält die Kommissionsberatung für überflüssig. Es liegt im öffentlichen Wohl, daß der Staat Ländereien für industrielle Zwecke herichtet. Redner tritt dann für die Einführung der Wertzuwachssteuer ein.

Landrichter Dr. Linau tritt für sofortige Annahme der Senatsvorlage ein und verweist auf den Plan des Bau direktors Redner.

Senator J. H. Evers erachtet ebenfalls um Annahme des Senatsantrages, der im Interesse des Ausbaues des Industriegeländes liegt.

Glafau ist gegen Kommissionsberatung. Dr. Wittern verteidigt nochmals seinen Standpunkt.

Die Senatoren Dr. Fehling und J. H. Evers be fürworten kurz die Senatsvorlage.

Wissell wünscht kommissarische Prüfung der Vorlage, um festzustellen, ob die laut gewordenen Bedenken zu zerstreuen sind.

Senator Dr. Fehling: Es liegt keine Gesetzesverletzung vor.

Die Senatsvorlage wird hierauf angenommen. Debattelos genehmigt wurden die Senatsanträge betr. Schaffung einer neuen Oberkontrollstelle beim hiesigen Hauptzollamt. Ausbau des Weges von Kücknick nach Herrenwyk als befestigter Grandweg (Grandchaussee).

Der Antrag Wissell betr. die Lohnbedingungen bei Vergebung staatlicher Arbeiter wird an den Bürgerausschuß verwiesen.

In die Kommission betr. Schaffung einer Entwässerungsanlage in der Ernststraße, Grüner Weg und Rabenstraße wurden Gumie, Dr. Eschenburg, Heidenreich, J. H. Evers gewählt.

Schluß der Sitzung 1/4 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarzg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.